

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Zum Fluch der Gewalt — der Fluch der Lächerlichkeit

Staatsgewalt gegen das Volk

Ein Hoch auf den Polizeiminister bringt Verhaftung durch die Polizei

Eine Ohrfeige für die Sozialdemokratie

Leinerts Wahl abgelehnt!
Die preußische Landtagsfraktion der Sozialdemokratie hat eine wohlverdiente Ohrfeige erhalten. Als Nachfolger für den verstorbenen Landtagspräsidenten Bartels wußte sie — ein Symptom! — keinen besseren Mann zu präsentieren, als Herrn Leinert, der seine hannoversche Oberbürgermeisterstellung so geschäftstüchtig auszuwerten verstanden hatte.

Nun hat ihn am Mittwoch die Rechtsopposition, die sich das gefundene Fressen natürlich nicht entgehen ließ, abgelehnt, das Zentrum ist abgerückt, indem es die Absetzung der Wahl von der Tagesordnung durchsetzte — und Herr Leinert und seine Partei mögen nun darüber nachdenken, daß doch nicht jede Schiebung möglich ist, selbst wenn sie, wie wahrscheinlich, ihr gerissenster Junge, der „rote Jesuit“ Heilmann eingefädelt hat.

*

Noch nicht genug?

Wie die TU erfährt, hält die Preußenfraktion der SPD an der Kandidatur Leinerts fest. Seltsam, worin die Herren ihr „Prestige“ sehen.

MacDonald, Boncour . . . Dr. Breitscheid

Paul Boncour ist, wie wir gemeldet haben, aus der Sozialistischen Partei Frankreichs ausgeschieden. Die radikalsozialistische „Ere nouvelle“ widmet ihm darob einen Trostartikel, in dem es u. a. heißt:

„Herr Paul Boncour möchte nicht, daß seine Geste dem Sozialismus Schaden bringt, dem er fest verbunden bleibt. Er mag sich beruhigen! Herr MacDonald, Herr Vandervelde, Herr Breitscheid sind genau so besorgt, das Interesse ihres Landes über die Weltinteressen des Sozialismus zu setzen; und wenn auch sie nicht immer die Gefolgschaft ihrer Genossen hatten, so haben sie durch ihr Handeln doch nicht der Sache geschadet, der sie treu geblieben sind?“

Darüber denken die Proletarier ja nun etwas anders als das französische Bürgerblatt! Aber Herr Dr. Breitscheid kann stolz sein; er befindet sich in illustrierter Gesellschaft. MacDonald—Paul-Boncour—Dr. Breitscheid, welcher schöner Dreiklang! Man hört ordentlich das Glockenspiel: Ueb immer Treu und Redlichkeit (Anm. für den Setzer: Nicht „Immer-treu“ — das ist wieder was anderes!). Ja, sie haben das „Interesse ihres Landes“, das sind die Interessen der Thyssen, Vögler, Katzenellenbogen, der Oldenburg-Januschau, nicht zu vergessen der Gröner und Schleicher, der Brüning und Schiele über die „Wahlinteressen des Sozialismus“ hier: über die Interessen der proletarischen Klasse gestellt. Sie verdienen der Lobeshymnen aus bürgerlichen Mund!

Severing muss seine Verehrer retten

Berlin, 25. November.
Es gab einmal das Schlagwort von der Republik ohne Republikaner. Heute kann man sprechen von den Demokraten ohne Demokratie. Die gesamte sozial unbegreifliche Tolerierungspolitik der Sozialdemokratischen Partei wird gerechtfertigt mit der Rettung der Demokratie vor dem Faschismus. Zugleich aber bauen diese seltsamen Retter der Demokratie selbst am eifrigsten alle demokratischen Volksrechte ab, an der Spitze der „Hort der Demokratie“, die preussische Regierung. Durch sozialdemokratisch tolerierte Reichsnotverordnungen und preussische Ausführungsbestimmungen und Verwaltungsmaßnahmen ist längst das gesamte politische Leben vollständig der Willkür der Polizei ausgeliefert. Mit Demokratie hat dieses Polizeiregime nicht das geringste mehr zu tun. Es ist eine reine Gewaltherrschaft, mit der die in ihren wirtschaftlichen Grundfesten tödlich erschütterte Gesellschaft ihre Klassenherrschaft über das Proletariat mühselig aufrecht erhält.

Es war selbstverständlich, und wir haben vor langer Zeit schon darauf hingewiesen, daß diese Entfesselung der Gewalt sich letzten Endes gegen die wenden muß, die ihr freie Bahn gaben, ohne zu begreifen, daß sie die Klassengewalt des bürgerlichen Ausbeuterstaates gegen das Proletariat in Bewegung setzten. Eine seltsame Bestätigung dieses unentrinnbaren politischen Ge-

setzes erhielt gestern der Hauptverantwortliche dieser Politik, Karl Severing. Er hielt, wie wir an anderer Stelle berichten, am Dienstag abend eine Rede bei einer Kundgebung der republikanischen Studenten. Auf der Straße hatten sich am Schluß einige Reichsbannerleute aufgestellt, die, als Severing das Gebäude verließ, ihn und die Republik hochleben ließen. Sofort sauste ein Ueberfallkommando der Polizei herbei und verhaftete sämtliche Leute, die den obersten Vorgesetzten dieser „Polizei“ und die Republik, die angeblich von dieser Polizei beschützt wird, hatten hochleben lassen. Die Verhafteten wurden in das nächstgelegene Polizeirevier gebracht und sollten von dort per Lastauto zur politischen Polizei nach dem Alex transportiert werden. Inzwischen war Severing von dem Vorfalle unterrichtet worden und setzte nach langen Verhandlungen mühsam durch, daß die von ihm und seiner Polizei-Republik so begeisterten Leute wieder freigelassen wurden.

*

Ob dieser praktische Lehrkurs — nicht bei Herrn Severing, bei dem ist Hopfen und Malz verloren — aber wenigstens bei den beteiligten Arbeitern die Erkenntnis geweckt hat, daß die Staatsgewalt in Wirklichkeit nicht vom Volke ausgeht, sondern daß, wie Engels es formulierte, der Staat stets das Werkzeug zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere ist?

Dem Abgrund entgegen!

Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen bis 160 Prozent

Berlin, 24. November.

Nach Mitteilung des preussischen Landgemeindetages West hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im Monat Oktober erneut eine außerordentliche Steigerung erfahren, eine Entwicklung, die ganz besonders verhängnisvoll in Rheinland und Westfalen, dem Herzen der deutschen Industrie, in Erscheinung tritt.

In ganz Preußen ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen von 849 126 Ende September auf 920 408 Ende Oktober, also um 8,4 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen. In der Rheinprovinz haben die Wohlfahrtserwerbslosen von 27 738 auf 31 203, mithin um 12,5 Prozent zugenommen, und bei den Landgemeinden in Westfalen beträgt die Steigerung sogar 16,6 Prozent bei einer zahlenmäßigen Vermehrung von 26 912 auf 24 390 im gleichen Zeitraum. Von den einzelnen Regierungsbezirken stehen die Landgemeinden im Bezirk Trier mit der ganz außerordentlichen Zunahme um 156,5 Prozent an der Spitze, es folgen Düsseldorf mit 14,1 Prozent, Koblenz mit 11,8 Prozent, Aachen mit 5,3 Prozent und Köln mit 5,1 Prozent. In der Provinz Westfalen ist die Steigerung im Bezirk Arnberg mit 17,4 und im Bezirk Münster mit 17,3 Prozent ungefähr die gleiche; im Bezirk Minden beträgt sie 13,0 Prozent.

Kapitalistischer Irrsinn



Herrensocken für 25 Pfennig. Um die letzte Gelegenheit zur zollfreien Einfuhr auszunutzen, haben die Wirkwarenfabriken des Kontinents so viele Strumpfwaren nach England gebracht, daß die Preise erheblich gefallen sind. In den Londoner Straßen werden Herrensocken mit 25 Pfennig verkauft. Die neuen englischen Zollmauern werden dann die Preise in die Höhe treiben und die Weltwirtschaftskrise verschärfen.

Neue Schlacht bei Mukden

London, 25. November.

Im Südwesten Mukdens, etwa 25 Meilen von der Stadt entfernt, ist der Kampf zwischen Japanern und Chinesen im vollen Gange. Japanische Verstärkungen sowie Panzerzüge und Panzerwagen sind von Mukden nach dem Kampfplatz in Marsch gesetzt worden. Nach japanischen Meldungen begann der Kampf mit einem Feuerüberfall auf eine japanische Infanteriekompagnie und eine Pionierabteilung, die zur Bewachung der Peking—Mukden-Eisenbahnlinie bei Tschuliuho gehört. Es ist noch nicht festgestellt, ob es sich um reguläre chinesische Truppen oder nur um Banditen handelt.

(Weitere Meldung über den chinesisch-japanischen Krieg Seite 2.)

Niederlage der australischen Regierung

London, 25. November.

Die australische Regierung hat im Parlament eine schwere Niederlage erlitten. Sie erhielt bei der Abstimmung nur 32 Stimmen gegen 37 der Opposition. Dem Finanzminister Theodore wurde von der Opposition die parteiliche Verwaltung der Gelder zur Unterstützung der Arbeitslosen vorgeworfen.

Man rechnet in Australien allgemein mit . . .

Ein Reifall der „nationalen“ Presse Grandi, Amerika und Frankreich

Es klappt nicht ganz in der „nationalen“ Presse. In New York hat Mussolinis Außenminister Grandi eine Rede gehalten, worin er nach der Meldung der schwerindustriellen-hugenbergischen TU die Frage der Kräfte-schulden, der Sicherheit, der Abrüstung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit als die vier Hauptaufgaben bezeichnete und erklärte, daß man die Reparationen von den interalliierten Schulden nicht trennen dürfe. Dann führte er nach dieser Quelle weiter aus, ein wirklicher Friede sei zwar nur auf der Grundlage der nationalen Sicherheit möglich, aber diese Sicherheit hänge von der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten und von der Abrüstung ab. Hier verzeichnet das hugenbergische Nachrichtenbüro: „wie der Minister mit deutlicher Wendung gegen die bekannte französische These betonte.“

Nach dieser von dem Büro des „sturen Bocks“ so klar angedeuteten Linie haben sich denn auch die „nationalen“ (und nicht nur die nationalen Blätter) gerichtet, feiern den Faschisten als den großen Versöhner und guten Freund Deutschlands. Nur die „Deutsche Zeitung“ ist etwas hellhöriger. Sie überschreibt die Meldung in großer Schlagzeile mit den Worten: „Grandi baut Brücken für Frankreich.“ Und tatsächlich ist die These vom Zusammenhang der interalliierten Schulden und der Reparation nicht nur die logische, sondern es ist die französische These. Was natürlich einem nationalen Blatt nicht wie Oel eingiebt. Und noch unbehaglicher wird der „Deutschen Zeitung“ die ideelle Verknüpfung von Sicherheit und Abrüstung, wenn sie auch Vorbehalte gegen die klare französische These enthält. Aber das Blatt als einziges spürt doch, daß Italien in dem Wettlauf um die Gunst Amerikas (den Frankreich allerdings nicht nötig hatte) den kürzeren gezogen hat, daß der Besuch Grandis nicht gegen Frankreich ausgeschlagen ist, vielmehr anscheinend unter dem Einfluß Amerikas auf Grandi die französische Stellung verstärkt hat. Das dürfte auch für die deutsche Politik von einiger Bedeutung sein, wobei wir allerdings nicht optimistisch genug sind, auf viel Einsicht und Verständnis zu rechnen.

Nur guter Wille kann helfen

Painlevé über seine Deutschlandreise

Paris, 25. November.

Painlevé, der erst vor kurzem Deutschland bereiste, hat dem „Journal“ einen Artikel übergeben, in welchem seine Eindrücke aus diesem Bapuche geschildert werden.

Er zeigt darin die ökonomischen und soziologischen Ursachen, die den Aufstieg der Nazis begünstigten und deren Propaganda: Keinen Pfennig für Reparationen an das reiche Frankreich, fördern. Painlevé, der ein hervorragendes Mitglied der pazifistischen Liga für Menschenrechte ist, kommt dann zu folgendem, in Deutschland sehr beachtenswerten Schluß:

Dieser Geisteszustand macht Frankreich seine Aufgabe nicht leicht. Wenn sein Recht auf den ungeschützten Teil der Young-Annuitäten, der Frankreich feierlichst versprochen worden ist, anerkannt würde, so würde das Land bereit sein, alle vernünftigen Modalitäten ins Auge zu fassen. Was nützte dies aber, wenn der andere Partner sich von vornherein festlegt, dieses Recht brutal zu verweigern? Frankreich möge daher entschlossen seinen Weg verfolgen, es lasse sich weder einschüchtern noch provozieren von den Schwierigkeiten, die schlechter Wille und Verständnislosigkeit aufwirft. Es mache mit Klarblick und Kaltblütigkeit die für den Frieden nützlichen und für Frankreich möglichen Zugeständnisse und ergreife die Initiative so, daß nicht den anderen der moralische Nutzen aus dieser Aktion überlassen werde.

Blaue Bohnen für Erwerbslose

— auch in der Tschechoslowakei

Prag, 25. November.

In Niederösterreich fanden heute früh Arbeitslosenkundgebungen statt, bei denen die Gendarmerie von der Waffe Gebrauch machen mußte (mußte! Red.). Hierbei wurden sieben Arbeitslose getötet und siebzehn schwer verletzt.

Im Abgeordnetenhaus kam es bei Bekanntwerden dieser Nachricht zu erregten Kundgebungen, da von den schlesischen Abgeordneten das Erscheinen des Innenministers stürmisch gefordert wurde.

Stadt Kalinin. Der Vollzugsausschuß der Sowjetunion hat beschlossen, die Stadt Twer zu Ehren seines Vorsitzenden in Kalinin umzubenennen.

Armer Amanullah! Nach aus Kabul vorliegenden Meldungen ist der neue Wortlaut der afghanischen Staatsverfassung veröffentlicht worden. Danach ist Staatsform von Afghanistan die erbliche Monarchie, das Nachfolgerecht besitzt der Sohn des gegenwärtigen Königs.

Abermals Standrecht über Cypern. Obgleich sich die Lage in Cypern beruhigt hat, ist abermals das Standrecht verhängt worden. Die Einwohner dürfen nach 20 Uhr ihre Häuser nicht mehr verlassen.

Heraus aus dem Reichsbanner!

Sozialisten für Hörsing unerwünscht

Der Bundesvorstand des Reichsbanners, der bekanntlich sich aus Sozialdemokraten, Zentrumleuten und Vertretern der aus Demokraten und Jungdo entstandenen Staatspartei zusammensetzt, hat sich „einmütig“ auf den Standpunkt gestellt, daß die Mitgliedschaft in der SAP mit der Mitgliedschaft im Reichsbanner nicht vereinbar ist.

Wir sind über diese Einmütigkeit nicht allzu sehr überrascht. Der Unterschied zwischen denen, die die Hungerdiktatur Brünnings ausüben und denjenigen, die sie „nur“ tolerieren, ist nicht allzu groß. Die Brüder in Brüning wollen unter sich bleiben, und wir wollen ihre Kreise nicht stören.

Im übrigen ist die Begründung, die der

Bundesvorstand für seinen Beschluß gibt, selbst für naive Gemüter durchsichtig. Er wendet sich nämlich gegen den „Schutzbund“ der SAP. Aber welches Interesse hat das Reichsbanner, solchen Mitgliedern der SAP, die dem Reichsbanner angehören wollen, auszuschießen. Schließlich hat auch die SPD ihre Ordnerorganisation und sogar das Zentrum hat seine Kreuzscharen u. a.

Der Ausschluß der Opposition aus der SPD hat die Fortsetzung der Tolerierungspolitik ermöglichen sollen. Wenn das Reichsbanner jetzt die sozialistischen Arbeiter der SAP ausschließt, wird man sich fragen müssen, wessen Geschäfte Herr Hörsing zu besorgen beauftragt ist.

Hilferdings „Marxismus“

Ein Hohn auf die Opfer der Brüning-Politik

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die letzte Osthilfe-Notverordnung besprochen. Bei dieser Gelegenheit hielt der Sozialdemokrat Hilferding eine höchst merkwürdige Rede. Er erklärte, es sei interessant festzustellen, daß im Rahmen des kapitalistischen Eigentumsrechtes die Notverordnung geradezu etwas Ungeheuerliches darstelle. Sie bedeute ja nichts anderes als die unbedingte Anerkennung des Rechtes auf entschädigungslose Enteignung im Interesse der Allgemeinheit. Es handele sich um eine ganz radikale Anwendung marxistischer Grundsätze.

Das Allgemeinwohl stehe über dem Einzelwohl;

noch mehr: das Eigentum des einzelnen werde entschädigungslos fortgenommen, wenn es das Gesamtinteresse verlange. Das sei ein Angriff auf das Privateigentum, wie er klarer und zweifelsfreier in der deutschen Republik noch nicht geschehen sei. Es handele sich um eine leichtsinnige Anwendung marxistischer Grundsätze, aber es sei doch wichtig, festzustellen, daß diese Notverordnung im Grunde marxistische Grundsätze anwende. Im übrigen hätten politische Instanzen die Verfügungsgewalt über alle Privatrechte. Einen solchen Zustand gebe es nicht einmal im faschistischen Italien; man müsse bis zum bolschewistischen Rußland wandern, um Vergleiche zu finden.

Grauenhafter kann man wohl den Marxismus nicht verhöhnern, als es hier geschehen ist. Was Brüning und seine ganze Notverordnungspolitik — gleichgültig auf welche

Objekte sie sich stützt — mit marxistischen Grundsätzen oder gar Bolschewismus zu tun hat, ist völlig unerfindlich. Wir haben noch keine Maßnahme kennengelernt, in der Herr Brüning „das Allgemeinwohl über das Einzelwohl“ gestellt hätte. Und wir glauben, es wird keinen Proletarier geben, der eine solche Feststellung treffen könnte. Herrn Brünnings Notverordnung schützt mit einer alle Grenzen übersteigenden Brutalität die kapitalistischen Klasseninteressen gegen das Proletariat und sein durch die katastrophale Krise des Kapitalismus verschärft Vordringen gegen die Fundamente der kapitalistischen Macht.

Wenn man will, ist das allerdings die „Anwendung marxistischer Grundsätze“ — aber von der Seite einer von schärfstem Klassenbewußtsein fest zusammengeschlossenen Bourgeoisie

im Kampf gegen die Arbeiterklasse.

Hätte die sozialdemokratische Führung auch nur einen Bruchteil dieses Klassenbewußtseins auf proletarischer Seite gezeigt, hätte Herr Hilferding die Anwendung marxistischer Grundsätze im proletarischen Klassenkampf durchgesetzt, dann stünde das Proletariat heute nicht auf einer Elendstufe, die unerhört ist in der menschlichen Geschichte; dann hätte nicht das Gefühl der Ohnmacht breite proletarische Schichten ergriffen.

Es muß wie eine grausame Verhöhnung der Opfer Brünningscher Notverordnungspolitik und sozialdemokratischer Tolerierungspolitik wirken, wenn Hilferding diese Politik „Marxismus“ nennt!

Der Betrug an Indien

Mit Terror gegen die Bevölkerung

London, 25. November.

Die Hoffnungen Indiens auf eine weitgehende Selbstregelung seiner Angelegenheiten werden durch die englische Regierung eine weitere Enttäuschung erfahren. Nachdem gestern die Absicht der englischen Regierung bekannt geworden ist, Indien nur eine beschränkte provinzielle Autonomie, nicht aber eine verantwortliche zentrale Selbstregierung zu gewähren, wird heute bekannt, daß auch die Wehrmacht in Indien und die ausländischen Beziehungen Indiens unter ausschlaggebender englischer Leitung bleiben werden.

Heute wird der von Lord Sankey ausgearbeitete Bericht über die Wehrmacht und über die auswärtigen Beziehungen Indiens von Konferenz-ausschuß für bundesstaatlichen Aufbau erörtert werden. In diesem Bericht heißt es, es sei in diesem Augenblick unmöglich, die Landesverteidigung einem indischen Ministerium zu übertragen, daß der indischen gesetzgebenden Versammlung verantwortlich ist. Der Generalgouverneur trage für die Verteidigung Indiens die Verantwortung. Daher müsse die indische Verfassung die Ernennung des Verteidigungsministers durch den Generalgouverneur vorsehen. Für die Fragen der auswärtigen Beziehungen Indiens seien ähnliche Erwägungen maßgebend.

Uebelste Heuchelei

Die „starke Hand“ gegen Indien.

London, 25. November.

Im Oberhaus stellte gestern Abend die Regierung energische Maßnahmen gegen den Terror in Indien in Aussicht. In Beantwortung einer Anfrage sagte der Unterstaatssekretär für Indien, Lord Lothian, er könne dem Hause versichern, daß die Regierung von Indien und der Staatssekretär die Lage in Indien mit größter Aufmerksamkeit beobachteten. Wie ernst die Lage sei, gehe daraus hervor, daß die Statistik der Morde, Mordversuche und der Fälle unerlaubten Waffenbesitzes in ständigem Steigen begriffen sei, und zwar betragen die Zahlen für Bengalen im Jahre 1929 acht, 1930 24 und Ende August 1931 bereits 51. Die Regierung werde gegen die Bedrohung der persönlichen und der sozialen Freiheit mit größter Energie vorgehen. Bengalen sei nach wie vor das Hauptquartier des Terrors. Man

könne ohne Uebertreibung sagen, daß dort jeder britische Beamte seine Amtspflichten unter Lebensgefahr erfülle. Alle erforderlichen Maßnahmen der Regierung von Indien würden die Unterstützung der britischen Regierung erhalten.

„Pazifist“ Macdonald

Er verleugnet seine ganze Vergangenheit

London, 24. November.

MacDonald gab am Dienstag im Unterhaus zu, daß er von japanischen Aufträgen zur Lieferung von Flugzeugmotoren für japanische Marineflugzeuge Kenntnis habe. Er könnte sich aber nicht dem Vorschlag anschließen, unter den gegenwärtigen Umständen ein Verbot für derartige Lieferungen durch internationale Maßnahmen herbeizuführen, oder sie auch nur zu erwägen.

China fordert ultimatv

Aus Paris wird gemeldet, daß die chinesische Regierung Forderungen gestellt hat, die einem Ultimatum nahekommen.

Die Regierung von Nanking verlangt, daß das Vorgehen der japanischen Streitkräfte sofort aufgehoben werde, daß die Mandschurei in 15 Tagen geräumt werde und daß der Rückzug in die Eisenbahnzone unter neutraler Kontrolle stehen soll.

Einberufung des Reichstags? In der für Donnerstag nachmittags anberaumten Sitzung des Ältestenrats des Reichstags werden die Kommunisten die Einberufung des Reichstags zum 2. Dezember mit folgender Tagesordnung fordern: Stellungnahme zur Wirtschafts- und Finanzlage und zu den beabsichtigten neuen Notverordnungen; außenpolitische Aussprache, besonders zum japanisch-chinesischen Krieg, und Austritt aus dem Völkerbund.

Englands Arbeitslosenziffer. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 16. November 2 648 429, was eine Abnahme um 35 495 gegenüber der Vorwoche bedeutet. Die gegenwärtige Zahl der Arbeitslosen ist indessen noch um 362 442 höher als im Vorjahre.

Aushungerungspläne

Der Bayerische Landbund hielt am Montag in Nürnberg eine Tagung ab, auf der der Präsident des Reichslandbundes, Graf v. Kalkreuth, u. a. erklärte, die Reichsregierung müsse umgebaut werden und mit rein nationalem Willen an den Wiederaufbau Deutschlands herangehen. Der Osten werde sonst den Weg der Selbsthilfe beschreiten.

Der „Weg der Selbsthilfe“ kann bei den ostelbischen Großagrariern schwerlich der Weg des Aufstandes sein. Es scheint vielmehr, als ob hinter dieser Drohung ein großzügiger Plan zur Aushungerung des Proletariats durch Zurückhaltung der Erntevorräte steckt. Herr Graf von Kalkreuth übersieht nur eins: Daß schließlich — und bei der Durchführung solcher Pläne mit großer Wahrscheinlichkeit — auch andere zur Selbsthilfe greifen könnten.

Das Werden der neuen Notverordnung

Berlin, 24. November 1931.

Das Reichskabinett hat am Dienstag die in den Leitsätzen des Wirtschaftsausschusses niedergelegten Aufgaben fachlich aufgeteilt. Die Ministerien werden in den nächsten Tagen die entsprechenden Entwürfe ausarbeiten, und es ist damit zu rechnen, daß von nun ab täglich das Kabinett die Einzelentwürfe durchberaten wird. Man hofft, das gesamte Programm noch bis zum Ende kommenden Woche in Kraft gesetzt zu haben.

Die Bankrotteure sollen sich verantworten

Der Zusammenbruch der Bank für Handel und Grundbesitz. — Ausdehnung der Untersuchung auf den gesamten Aufsichtsrat.

Nachdem die Staatsanwaltschaft I beim Landtag die Genehmigung für die Zulassung der Strafverfolgung gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, Landtagsabgeordneter Ladendorff beantragt hat, ist jetzt auch das Ermittlungsverfahren auf die weiteren Mitglieder des Aufsichtsrates ausgedehnt worden, um Klarheit über die Geschäfte zu erhalten. Es handelt sich um den Direktor des Berliner Pfandbriefamtes Le Viseur und um einen Kaufmann K., einen 76jährigen Mann, der jedoch über die Transaktionen infolge seines hohen Alters kaum in genügendem Maße informiert gewesen sein dürfte.

Außenpolitik im Preußenparlament

Berlin, 25. November.

Im Preußischen Landtag wurde heute der Antrag des Hauptausschusses, die Reichsregierung zu ersuchen, daß die Revision des Young-Planes

mit dem Ziel der absoluten Einstellung jeglicher Reparationszahlungen ungesäumt in Angriff genommen wird, in namentlicher Abstimmung mit 184 Stimmen der Rechtsparteien von insgesamt 276 abgegebenen Stimmen angenommen. Von den Linksparteien wurden 92 Enthaltungen skartiert abgegeben.

So ist richtig! Die anderen Länder werden sich nicht lumpen lassen... und freuen werden sich die Nazis! Und die „Linksparteien“ haben natürlich nicht den Mut gehabt, gegen diesen nationalistischen Unfug, der selbstverständlich die entsprechende Antwort von „drüben“ finden wird, zu stimmen. Und dann wundern sie sich, daß Hitler triumphiert!

Frankreich informiert sich bei den Nazis

Der „Daily Express“ hat vor ein paar Tagen in positiver Form die Nachricht besprochen, daß die französische Regierung bei den Nationalsozialisten angefragt habe, wie sie sich zur Reparationsfrage stellen würden. Nun verbreitet die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP eine Meldung, die in sehr durchsichtigen Worten die Tatsache von „Verhandlungen“ abstreitet. Die sind aber von keiner Seite behauptet worden. Der Nazi-Offiziosus fährt dann fort:

... man rechnet in französischen Kreisen bereits mit einem zu erwartenden Rücktritt, bzw. Sturz der Regierung Brüning. Wenn somit französischerseits ein Informationsbedürfnis besteht, das der erwarteten Veränderung der politischen Situation Rechnung zu tragen sich bemüht, so kann deshalb von Verhandlungen der Nationalsozialisten mit Frankreich keine Rede sein.

Mit dieser Erklärung wird die Tatsache der Fühlungnahme französischer Verhandler mit den Nazis und werden Sondierungen der französischen Regierung mit jeder nur wünschenswerten Deutlichkeit zugegeben.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Wichtigkeit, daran zu erinnern, daß die Presse der Sozialistischen Arbeiterpartei es war, die vor anderen Berliner Blättern ihre Leser davon unterrichtet hat, daß der Reichskanzler Brüning dem Ministerpräsidenten der französischen Republik die Hereinnahme der Nazis in die Reichsregierung für die ersten Wochen des kommenden Jahres in Aussicht gestellt hat.

Vergebliches Beräuen. Vertreter von 41 Friedensorganisationen haben den Präsidenten Hoover ersucht, den Kongreß aufzufordern, die Verschiffung von Waffen und Munition nach Japan und China zu verbieten.

Die deutsche Novemberrevolution

11. Fortsetzung

12. Der deutsche Arbeiter- und Soldaten-Kongreß im Dezember 18

Vom 16. bis 21. Dezember 1918 tagte im Abgeordnetenhaus zu Berlin der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Seine Abhaltung war bereits auf der A. und R.-Konferenz am 10. November vorgesehen worden, da nur ein allgemein deutscher Kongreß durch die Revolution geschaffenen Machtverhältnissen die erforderliche Sanktion geben und im Prinzip wenigstens die Machtverteilung unter den Klassen neu ordnen konnte. Die Wahlen hatten nach den Angaben von Hermann Müller folgendes Ergebnis gehabt: Nach Ungültigkeitserklärung von 63 Mandaten hatten ungefähr die Sozialdemokraten 300 Mandate, die Unabhängigen 100, die Bürgerlichen 35. Unbekannter Parteirichtung waren 65 Mitglieder. Zu den Unabhängigen gehörte eine ganz kleine Anzahl Spartakisten. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatten kein Mandat. Als beantragt wurde, ihnen „wegen ihrer Verdienste um die Revolution“ die Teilnahme an den Verhandlungen mit beratender Stimme zuzugestehen, wurde das von der sozialdemokratischen Mehrheit hohnlachend abgelehnt.

Das durch den Kongreß zu entscheidende Zentralproblem war, ob Deutschland als kapitalistischer Staat nach der überkommenen bürokratischen Methode mit demokratisch-parlamentarischem Aufputz weiter regiert werden solle, oder ob bei uns auf Grund der Diktatur des Proletariats nach völliger Beseitigung der Klassenzerklüftung die sozialistische Gemeinwirtschaft durchzuführen sei.

Die Parteizusammensetzung des Kongresses hatte diese Frage eigentlich von vornherein zugunsten der Neugalanisierung des alten, soeben zusammengebrochenen vermoderten Systems entschieden. Denn die sozialdemokratischen Massen, die während der ganzen Kriegszeit in diesem Sinne ungehindert durch die SPD-Presse hatten bearbeitet werden können, waren völlig gegen das Rätesystem eingestellt. Unablässig hatten ihnen Ebert, Landsberg und Scheidemann gerade in ihrer Volksbeauftragtenzeit die Bolschewisierung als ein Schreckgespenst an die Wand gespiegelt, obgleich wir revolutionären Sozialisten niemals beachtlich haben, die in Rußland angewendeten Methoden einfach nachzuahmen. Sie mochten dort vollauf berechtigt sein. Wir hätten die Sozialisierung unseren eigenen Verhältnissen angepaßt. Aber es ging dafür den mangelhaften Intelligenzen, die an der Spitze der SPD standen, völlig das Verständnis ab.

So ist es kein Wunder, daß alle unsere Bemühungen für die Uebernahme der Macht zur Durchführung des Sozialismus erfolglos blieben. Die entscheidende Abstimmung war die, daß einer auf Grund allgemeiner Wahlen am 19. Januar 1919 demnächst zusammentretenden Nationalversammlung die Entscheidung über die Verfassung Deutschlands übertragen werden solle. Im Verlauf der Verhandlungen über diese Kernfrage verstieg sich Richard Müller, der bis zum 9. November unter den revolutionären Obleuten zu den ärgsten Flaumachern gehört hatte, dem aber als Vorsitzenden des Vollzugsrats mächtig der revolutionäre Kamm geschwollen war, zu dem prahlerischen Ausruf: „Nur über meine Leiche geht der Weg in die Nationalversammlung!“ Als sich ihm dann später in der Januar-Erhebung eine treffliche Gelegenheit bot, seine Worte zu bestätigen, zog er es vor, den Weg zur Nationalversammlung lieber nicht mit seiner Leiche zu pflastern. Der Berliner Witz prägte seitdem für ihn den Beinamen „Leichenmüller“.

Leichenmüller war in unseren Reihen ein Gegenstück zu Philipp Scheidemann, hinter dessen hochtrabenden Redensarten niemals ein erster Wille stand. Als kurze Zeit darauf das den Westmächten gegenüber völlig wehrlose Deutschland vor die Frage gestellt wurde, ob es den ungeheuerlichen Friedensvertrag von Versailles unterzeichnen oder noch schlimmere Vergewaltigungen über sich ergehen lassen solle, schmetterte der Minister Scheidemann in die Welt hinaus: „Die Hand soll verdorren, die diesen Schandvertrag unterzeichnet!“ Er schied aus dem Ministerium aus, überließ es aber freudlich seinem Kollegen Gustav Bauer als Reichskanzler und Hermann Müller als Minister des Auswärtigen, sich die Hände verdorren zu lassen, ohne daß er deshalb, wie es doch nach jenem Ausspruch seine Pflicht gewesen wäre, gegen sie wegen dieses unerhörten Verbrechens den Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt hätte. Der Volkswitz taufte ihn darauf: „Philipp mit der unverdorrenen Hand!“

Die Arbeiterräte wurden als dekoratives Beiwerk, aber ohne wirkliche Macht provisorisch beibehalten. Doch wurde dem Vollzugsrat in Berlin jedes Kontrollrecht über die bis zur Entscheidung der National-

versammlung im Amt belassenen Volksbeauftragten abgenommen. Ebert und seine Freunde hatten sich bitter über die unbilligen Belastungen durch uns beschwert. Ihnen war schon die Kritik zu viel, hinter der kein Verfügungsrecht stand. Die parlamentarische Kontrolle über die Volksbeauftragten wurde einem Zentralrat der Republik übertragen. Er sollte zusammengesetzt werden aus Arbeiter- und Soldaten-Vertretern. Wir Unabhängigen waren also vor die Frage gestellt, ob wir eine Wahl in diesen Zentralrat annehmen sollten oder nicht.

Zu dem Zweck fand eine Fraktions-sitzung der USP statt. Als ich hineinkam, erhob sich nach Eröffnung der Sitzung Richard Müller zu der Erklärung: „Däumig und ich, wir sind fest entschlossen, unter keinen Um-

ständen eine Wahl in diesen Vollzugsrat anzunehmen.“ Ich fuhr ihn an: „Das gehört sich nicht! Wir beraten erst gründlich und dann beschließen wir darüber!“ Ausschlaggebend war dann für uns die Erwägung, daß wir sogar, wenn wir unter den Arbeiterräten eine gleiche Anzahl wie die SPD für die USP durchsetzen könnten, doch die Soldatenvertreter uns wieder in eine hoffungslose Minderheit bringen würden. Alle hatten aber nach den Erfahrungen im Vollzugsrat solche aussichtslosen Streitereien satt. Es wurde deshalb beschlossen: Die USP nimmt keine Vertretung an. Am andern Tag sollte die Wahl sein. Es ist nun nichts charakteristischer, als daß Däumig vor Beginn der Sitzung mir sagte, es wäre doch wohl besser, wenn wir annehmen würden. Ich

lehnte die Befürwortung eines solchen Umfalls schroff ab. Dann hielt auch Däumig den Mund. Der Genosse Braß-Remscheid gab nunmehr für die USP-Fraktion die Erklärung ab, wir würden keinen Sitz im Zentralrat annehmen. Der Zentralrat wurde also ausschließlich aus Sozialdemokraten zusammengesetzt.

Es wurde dann zwar noch ein Antrag angenommen: „Der Kongreß der A- und S.-Räte beschließt, mit der Industrialisierung aller hier zu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaues unverzüglich zu beginnen.“ Aber die Regierung hat niemals zu dessen Ausführung einen Finger geführt.

(Weitere Artikel folgen.)

„Ihr laßt den Armen schuldig werden...“

Das Los der Vorbestraften — Ein Besuch in Plötzensee

Plötzensee. ...und in den preußischen Strafanstalten sitzen jährlich mehr als eine Viertelmillion — durchschnittlich verbüßen dort täglich 40 000 Menschen ihre Strafe. Alle erfahrenen Juristen sind sich darüber klar, daß ein Großteil dieser hohen Kriminalität von der Rückfallziffer bestritten wird, und daß der Ursprung der Rückfälle in der wirtschaftlichen Not zu suchen ist. Wir tun alles, um das Los der Vorbestraften zu bessern — und können doch nichts tun. Klatsch und Vorurteile machen den Entlassenen das Leben oft zur Hölle. Und schließlich geht der Staat auch nicht gerade mit gutem Beispiel voran. Die öffentlichen Berufe wie Beamte, Anwälte, Politiker, Offiziere sind für Vorbestrafte gesperrt. Was nützt der humanste Strafvollzug, wenn der Entlassene, weltfremd geworden, sich selbst überlassen bleibt, was nützen die kleinen Unterstützungen des Strafvollzugsamts oder der Wohlfahrt, wenn nicht in der Frage der Arbeitsbeschaffung radikal durchgegriffen wird?

„Eine ganze Reihe von Organisationen“, bestätigt ein Beamter der Gefängnisverwaltung, „versuchen durch Beschaffung von Arbeit den Straftatenden die Rückkehr in die Freiheit und in die Gesellschaft zu erleichtern.“

Aber aller guter Wille wird scheitern, solange es die große Masse für ungerecht hält, Bestrafte anzustellen in einer Zeit, da fünf Millionen „anständiger“ Menschen keine Arbeit haben.

Ein Uhrmacher hatte eine Unterschlagung begangen, das Gericht billigte ihm in Anbetracht

trauriger Begleitumstände Bewährungsfrist zu. „Vorbestraft, Bewährungsfrist“, tuschelten die Nachbarn. Und anstatt den Mann durch Arbeit von dem Außenstehen zu bewahren, wurde er boykottiert, bis er sich mit seiner Familie ins Asyl verkriechen mußte. Ein anderer hatte wegen einer geringfügigen Unredlichkeit 14 Tage Gefängnis bekommen. Als er sich wieder um Arbeit bemüht, legt er die Zeugnisse vor. „X, ist sehr fleißig und ehrlich, er hat sich nichts zuschulden kommen lassen.“ „Ja, warum sind Sie dann entlassen worden?“ „Das tut mir aufrichtig leid, aber ich kann Sie nicht nehmen — der anderen Leute wegen.“

Das Resultat: Rückfall, Rückfall, Rückfall.

Und die Jugendgerichtshilfe?

„Dem Jugendlichen schadet noch mehr als die Verurteilung und Verbüßung der Freiheitsstrafe das — Strafregister. Das ist vernichtend für seine Zukunft! Die kleinsten Strafen, die ein Jugendlicher für ein Pubertätsvergehen erhält, erscheinen lange Zeit im polizeilichen Führungszeugnis, sogar dann, wenn die Strafe nach Ablauf der Bewährungsfrist erlassen wurde. Und eine Beschränkung der Auskunftserteilung erfolgt selbst bei geringen Strafen erst nach drei Jahren. Drei Jahre lang wird der Jugendliche durch die polizeiliche Auskunftserteilung daran gehindert, Gesellenprüfungen und Examina zu bestehen, Hochschulen zu beziehen oder eine andere Karriere einzuschlagen — und nachher ist es oft zu spät. Aber die Behörden gehen auch sonst mit schlechtem Beispiel voran.“

Walter Kreiser Der „Landesverräter“

Ueber Walter Kreiser, den einen der beiden Angeklagten im „Weltbühne“-Prozeß, dessen Ausgang in weiten Kreisen der Öffentlichkeit große Empörung hervorgerufen hat, wird der „SAZ“ von einem Schulkameraden Kreisers geschrieben:

Walter Kreiser stammt aus einer kleinbürgerlichen Familie in Heilbronn am Neckar.

Mit 16 Jahren zog er als Kriegsfreiwilliger begeistert ins Feld. Die Begeisterung war uns ja von unserem Deutschprofessor eingehämmert worden, vom gleichen Pauker, der dann bei Kriegsausbruch sich natürlich unabhkömmlich schreiben ließ, damit als Idealbild für eine Heinrich Mannsche „Untertanen“-Type gelten darf und heute sicher bei den Nazis eine führende Rolle spielt. Mehrfach wurde Kreiser im Kriege verwundet, auch gasvergiftet. Er begeisterte sich für die Fliegerei.

Der Krieg ist aus. Kreiser hat zwar Orden und Ehrenzeichen, aber keinen Beruf. Er will studieren. Aber das kleine elterliche Vermögen war verschwunden; wahrscheinlich in Kriegs-anleihe. Mit seinen Händen mußte er sich die Mittel schaffen, um zwischen seiner Tätigkeit als Schlosser und Mann an der Werkbank die theoretischen Grundlagen für seinen technischen Beruf als Flugzeugkonstrukteur zu erlangen. Die Fliegerei, die Flugzeugkonstruktionen wurden seine Leidenschaft. Mit zäher Beharrlichkeit setzte er sich durch. Er wurde Sportjournalist, stellte sein Können und Wissen auch in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung, wurde Leitung der Abteilung „Luftfahrt“ beim Verkehrsband. Er kannte die Hintergründe der deutschen Fliegerei und ärgerte sich nicht wenig bei Tarifverhandlungen über das reaktionäre Benehmen der

Herren von der „Lufthansa“ und des Verkehrsministeriums. Die wollten natürlich schon immer die Löhne der „Kleinen“ abbauen und verschanzten sich mit Vorliebe hinter dem „niederen Etat“, der für die Subvention der Lufthansa ausschlaggebend ist. Kreiser wurde ihr gefürchteter und damit auch gehaßter Gegner. Er wußte,

daß Millionen für „strategische“ oder ähnlich benannte Dinge verplempert werden. Und er ging besonders dagegen an, weil er, der begeisterte Kriegsfreie, ein Kriegsgegner geworden war und für diese Ueberzeugung kämpfte. In einem Artikel in der „Weltbühne“ schrieb er das, was hinsichtlich der Verwendung gewisser Mittel des Verkehrsministeriums in interessierten Kreisen ein offenes Geheimnis war.

Zwei Jahre dauerte es, bis unsere allerhöchste Justiz, das Reichsgericht, die Zeit für reif hielt — Hitler ante portas —, Kreiser und dem Herausgeber der „Weltbühne“ den Prozeß zu machen. Wegen „Landesverrats“. Einundeinhalb Jahre Gefängnis hat man ihnen zudiktirt. Verhandlung und Urteilsbegründung fanden hinter verschlossenen Türen statt. Den Beteiligten wurde Stillschweigen auferlegt.

Worin hat der „Landesverräter“ meines Schulkameraden bestanden?

Kreiser hat Charakter genug gehabt, aus den von ihm selbst erlebten Schrecken des Krieges die Konsequenz zu ziehen. Und er hat den Kampf gegen den Luftmilitarismus unerschrocken geführt. Daher der Haß der Herren in der Benderstraße gegen ihn!

Daß Kreiser wegen seines antimilitaristischen Kampfes zum „Landesverräter“ gestempelt wurde, das macht mich stolz auf meinen Schulkameraden, der sich gerade in diesen Tagen daran erinnern möge, daß es in Heilbronn gewesen sein soll, wo Götz von Berlichingen seinen weltberühmt gewordenen Gruß den Ratsherren entgegenschleuderte, als sie ihn zur Kapitulation aufforderten. H. W. B.

Aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten...

BLN. Berlin, 25. November.

Im Walde bei Berlin-Woltersdorf wurde heute vormittag der Polizeiwachtmeister Bernhard Jorzig von der Berliner Polizei mit seiner Braut Walli Hoffmann aus der Wühlischstraße erschossen aufgefunden. Jorzig hat durch einen Schuß zunächst seine Braut und dann sich selbst getötet. Der Grund zu der Tat ist in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen, die das Brautpaar nicht zu einer Heirat kommen ließen.

Internationales Elend

Londoner Arbeitslose versuchen eine Zahlstelle zu stürmen

London, 24. November.

Am Dienstagnachmittag versuchten im Londoner Stadtteil Pancras etwa 500 Arbeitslose die Zahlstelle zu stürmen. Mehrere Fensterscheiben wurden eingeworfen. Berittene Polizei trieb die Demonstranten auseinander.

Der Tod in der Luft

Die Verluste der englischen Fliegertruppe.

CNB. London, 24. November.

Bei dem Zusammenprall von zwei britischen Militärflugzeugen nur wenige Meter über dem Flugplatz Kenley wurden heute zwei Fliegeroffiziere getötet. Damit steigt die Zahl der Todesstürze in der britischen Fliegertruppe in diesem Jahre auf 69, davon 12 allein im letzten Monat. Im Jahre 1929 kamen 42 britische Militärflieger ums Leben und im Jahre 1930 65.

Gewerkschaften müssen kämpfen

Gewerkschaftlicher Kampf einst und jetzt

Die Elementaraufgabe der Gewerkschaften besteht in der Verteidigung und Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen ihrer Mitglieder und des ganzen Proletariats. Erfüllen die Gewerkschaften diese ihre nächstliegende Aufgabe nicht, kommt, wie seit nunmehr zwei Jahren, ein Lohnabbau nach dem andern, verbunden mit einer ständigen Verschlechterung der sonstigen Arbeitsbedingungen, ohne ernsthaften Widerstand der Gewerkschaften, dann verlieren sie das Vertrauen der Arbeitern.

Diese Tatsache ist der Schlüssel für die Erkenntnis der gegenwärtigen Massenstimmung gegenüber den Gewerkschaften, besonders gegenüber der Gewerkschaftsführung. In ihr liegt auch die Erklärung für die Abwanderung großer Massen zur RGO und — was noch viel schlimmer ist — in den Indifferentismus oder gar zu den Nazis.

Bei der Beurteilung dieser Frage wechseln die Gewerkschaftsführer meist Ursache und Wirkung. Sie argumentieren umgekehrt: Neben den Auswirkungen der Krise schieben sie die Schuld für das Versagen der Gewerkschaften gegenüber dem Lohnabbau auf die Kommunisten als Spalter der Gewerkschaften, auf die Hetze der Nazis und auf die Unvernunft solcher Arbeiter, die zu den Nazis laufen. Würden aber die Gewerkschaften ihre Aufgabe der Erhaltung und Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter gerecht, so würden bestimmt die Spaltungsversuche der RGO und erst recht die Lockrufe der Nazis wirkungslos verpuffen.

Falsch und überaus gefährlich ist indes auch die heute bei zahlreichen revolutionär gestimmten Arbeitern anzutreffende Argumentation: „Der gewerkschaftliche Kampf hat keinen Zweck mehr, wir müssen nur politisch-revolutionäre Kämpfe führen.“ Hierbei wird vergessen, daß wirklich revolutionäre Kämpfe niemals nur durch Agitation zustandekommen können, sondern nur dadurch, daß die Masse des Proletariats durch reale Tatsachen wider den Glauben an ihre Kraft, an die Erfolgsmöglichkeit des Kampfes bekommt. Die Massen können zu revolutionären Machtkämpfen erst geschult und herangeführt werden durch planmäßige Kämpfe um ihre elementaren Lebensinteressen, um Lohn und Brot. Solche Kämpfe sind daher geradezu eine Voraussetzung für den politisch-revolutionären Kampf. Und gerade deshalb ist das Gewerkschaftsproblem auch für die SAP von fundamentaler Bedeutung.

Für jeden Sozialisten und Revolutionär steht daher heute die Frage: Wie können heute die Kämpfe der Gewerkschaften geführt, und vor allem, wie können sie erfolgreich gestaltet werden.

Der aufs engste mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand und seiner Politik verwachsenen oberen Gewerkschaftsführung wird mit Recht vorgeworfen, daß sie keine Klassenkampf-, sondern Arbeitsgemeinschaftspolitik treibt, und daß darin die Hauptursache für das Versagen der Gewerkschaften liegt. Viele hiergegen opponierende Gewerkschaftsmitglieder ziehen daraus die Schlußfolgerung: Zurück zur Gewerkschaftspolitik der Vorkriegszeit, denn damals führten die Gewerkschaften noch wirklichen Klassenkampf. Das ist aber nur insoweit richtig, als eine konsequente Kampfstellung gegenüber dem Kapital, der kapitalistischen Wirtschaft und dem kapitalistischen Staat gefordert wird. Die Methoden müssen heute andere sein, ein einfaches Zurück zu den gewerkschaftlichen Kampfmethoden der Vorkriegszeit kann nicht gehen.

Die Gewerkschaften führten damals gewiß mehr und vor allem erfolgreichere Kämpfe als heute. Sie erreichten damals, besonders in der Zeit von 1890 bis 1913, mit zahlenmäßig viel geringeren Kräften als heute durch rein gewerkschaftliche Bewegungen und Streiks nicht nur oft eine Erhöhung der nominalen Löhne, sondern auch eine Steigerung des Reallohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit. Das lag aber nicht nur an ihrer eindeutigen Klassenkampfstellung, sondern wesentlich auch daran, daß sich damals der Kapitalismus noch im Aufstieg befand. Es gab auch damals Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit. Aber die Krisen wurden immer wieder durch eine Erweiterung der kapitalistischen Produktion, durch Steigerung des Absatzes im Inland und vor allem auf dem Weltmarkt überwunden. Damals fehlten deshalb noch die Voraussetzungen für den unmittelbaren revolutionären Kampf, und es war deshalb im wesentlichen richtig, wenn die Gewerkschaften in den Krisenzeiten ihre Kräfte sammelten und größeren Kämpfen möglichst auswichen mit der Begründung, daß bei dem zu erwartenden Wiederanstieg der Konjunktur die Chancen für erfolgreiche Kämpfe wiederkehren.

Heute nehmen die Gewerkschaftsführer den unerhörtesten Lohnabbau und die tollsten Schiedssprüche hin und weichen dem Kampf aus mit derselben Vorkriegs-Argumentation. Man liest dann in den Gewerkschaftsblättern: „Die Zeiten werden auch wieder anders, und dann werden wir den Unternehmern mit Zins und Zinseszinsen heimzahlen.“ Die Gewerkschaftsführung glaubt also immer noch, daß auch die heutigen Krisen genau so

sind wie die der Vorkriegszeit und daß wir schon wieder in „normale“ (kapitalistische) Wirtschaftsverhältnisse mit guter Konjunktur und ohne wesentliche Arbeitslosigkeit kommen werden. Darin aber liegt der entscheidende Fehler. Die Struktur des Kapitalismus hat sich gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend verändert. Der Kapitalismus befindet sich im Abstieg, d. h. er kann die Krisen nicht mehr mit wesentlichen Absatzsteigerungen überwinden, er kann die Massenarbeitslosigkeit nicht mehr beseitigen. Zwar ist eine begrenzte Belebung der Wirtschaft, eine Teilkonjunktur, auch heute noch möglich, aber auch dabei werden Millionen Proletarier arbeitslos bleiben. Die Dauerarbeitslosigkeit wird, solange der Kapitalismus besteht, keinen Augenblick mehr verschwinden, wie sie schon in der letzten Hochkonjunktur 1927 bis 1929 nicht mehr von der Bildfläche verschwand, sondern sich in Deutschland auf durchschnittlich etwa eine Million Erwerbslose hielt. Deshalb ist auf der heutigen kapitalistischen Basis an keine allgemeinen Erhöhungen des Reallohnes der Arbeiter mehr zu denken.

Daraus folgt, daß selbst bei der denkbar günstigsten Entwicklung die alten Bedingungen und Möglichkeiten für den gewerkschaftlichen Kampf nicht wiederkehrten. Die alten Bedingungen bestanden eben darin, daß durch rein gewerkschaftlichen Kampf, d. h. durch einen nur gegen einzelne Unternehmer oder Unternehmergruppen gerichteten Streik, Erfolge erzielt werden konnten. In Zeiten guter Konjunktur mußten die Unternehmer dem Streik oder auch schon der Streikdrohung nachgeben, weil sie keine anderen Arbeiter bekamen und auch nicht allzulange auf die aus der guten Konjunktur zu erwartenden Profite verzichten konnten. Weil das heute nicht mehr zutrifft, die Gewerkschaften aber trotzdem ihre Taktik nicht ändern wollen, des Schlichter und die „Hilfe“ des allerreaktionärsten Arbeitsministers zu verlassen.

Die RGO-Politik der KPD ist die Kehrtseite hiervon. Die RGO meint, daß es nur darauf ankomme, das zu tun, was die Gewerkschaften in ihren Anfängen taten, d. h. jeden Lohnabbau oder sonstigen Unternehmerangriff mit dem Streik zu beantworten, wobei man diese Streiks nur politisch nennt, aber in Wirklichkeit auch nur wirtschaftlich aufzieht. So müssen auch die RGO-Streiks im großen ganzen mit Niederlagen enden und haben nur die Wirkung, daß das Ausweichen der Gewerkschaftsführer von vielen Arbeitern weiter für richtig gehalten und der revolutionäre Kampf diskreditiert wird.

Wir müssen also klar sehen, daß die Erfolgsmöglichkeiten des rein gewerkschaftlichen Kampfes, d. h. jener Kampfmethoden, die sich auf die Ausübung des Drucks auf den Unternehmer beschränkt und jede Ausweitung des Kampfes auf das politische Gebiet ablehnt, heute vorüber ist. Das gilt ebenso für die schematische Verbreiterung derartiger Kämpfe. Die Kampfaussichten werden nicht besser, wenn statt 10 000 etwa 100 000 Metallarbeiter einen rein gewerkschaftlichen Lohnkampf führen.

Durch diese Tatsache ist aber die Kampfkraft der Millionen zählenden Gewerkschaften im Kampf der Klassen keineswegs geringer geworden. Was sie auf rein gewerkschaftlichem Gebiet verloren haben, das haben sie an Gewicht auf politischem Gebiet gewonnen. Ist es dem Unternehmertum heute im allgemeinen leicht, betriebliche Streiks lange

auszuhalten und abzuwehren, so ist der innerlich zermürbte Kapitalismus heute umso empfindlicher gegenüber außerparlamentarischen Massenbewegungen und Kämpfen mit politischer Zielstellung und politischen Auswirkungen, da sie sich gegen die ganze Klasse richten und das ganze System in Gefahr bringen.

Hierauf muß daher das Schwergewicht des Kampfes der Gewerkschaften gelegt werden. Das soll nicht bedeuten, daß jede Lohnbewegung zum politischen Massenkampf gemacht werden soll und kann. Es kommt dabei vielmehr auf eine planmäßige Kampfführung an mit dem Willen, nicht vor politischen, revolutionären Konsequenzen der notwendigen Wirtschaftskämpfe zurückzuschrecken.

Gerade die Ereignisse der letzten zwei Jahre zeigen, daß einige große Tarifbewegungen zu entscheidender Etappen für einen ganzen Zeitausschnitt wurden. Wir denken dabei an die Hüttenarbeiterbewegung im Frühjahr 1930. Sie endete infolge des Ausweichens der Gewerkschaften mit dem Oeynhausener Schiedsspruch und leitete die erste große Lohnabbauwelle ein. Ein weiterer Meilenstein war der falsch, weil nur gewerkschaftlich geführte Berliner Metallarbeiterstreik im Oktober 1930. Seine Niederlage öffnete die Schleusen für eine ungehemmte Lohnabbauwelle bis zum Jahresende. Das strafliche Ausweichen im Ruhrkonflikt im Januar 1931 leitete die zweite große Lohnabbauwelle ein. Die dritte Welle, in der wir noch stehen, begann mit dem verurteilungswürdigen Zurückweichen der Gewerkschaften trotz einer relativ sehr günstigen Situation im Gemeindefabrikantenkonflikt im Sommer dieses Jahres.

Alle diese Bewegungen, ganz besonders die der Gemeindefabrikanten, konnten und mußten von den Gewerkschaften zu breiten Massenkämpfen unter Mobilisierung der übrigen Arbeiterschaft durch Massenversammlungen, Demonstrationen usw. gemacht werden. Wenn das Ruhrgebiet stillsteht, wenn sämtliche Gemeindefabrikanten streiken und ihren Lohnkampf mit politischen Zielen verbinden wie: Beseitigung der arbeiterfeindlichen Notverordnungen, für sofortige Einführung der gesetzlichen 40-Stundenwoche usw., dann ist das ein Kampf mit so starken politischen Auswirkungen, daß die Regierung und die ganze Kapitalistenklasse gezwungen wird, entweder, „um Schlimmeres zu verhüten“, nachzugeben und die Arbeiterforderungen zu bewilligen, oder dem Kampf mit allen Machtmitteln des Staates zu begegnen. Im letzten Fall würde das die Arbeitermassen zu noch schärferem politischen Kampf führen, dessen Ausgang wir nicht zu fürchten hätten. Im ersten Fall aber wäre ein Erfolg erzielt, der die ganze Arbeiterklasse mit gesteigertem Kraftbewußtsein und neuem Kampfwillen erfüllt. Es wäre eine Bresche geschlagen, die neben anderem auch die Voraussetzungen für Erfolge in unzähligen kleineren und Einzelbewegungen schaffen würde.

Änderung der Gewerkschaftstaktik in dieser Richtung, das ist der Ausweg für die Arbeiterklasse. Das ist nicht nur der Weg, um die Gewerkschaften vor der Vernichtung zu bewahren, sondern auch das Mittel, den Faschismus wirkungsvoll zu bekämpfen und die Massen um die revolutionäre Sturmflut des Sozialismus zu sammeln. Diese Linie in den Gewerkschaften durchzusetzen, ist mit eine der wichtigsten Aufgaben der SAP. Ueber die Maßnahmen hierzu in einem späteren Artikel.

Der Konsument hat die Macht Er muß sie nur ausnutzen

Auch wenn die Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates eine andere gewesen wäre, so hätte man bei dem jetzigen Kurs andere Vorschläge, als sie zu befürchten sind, wohl kaum erwarten können. Der Unternehmer hat zur Beseitigung der jetzigen Krise nach seiner Ansicht nur noch eine Rolle zu spielen, nämlich die des Hausknechtes, Kräfte aus dem Betriebe rauszuschmeißen und dafür zu sorgen, daß die übrigen Kräfte, die in dem Betriebe tätig sind, sich gegenüber allen Verschlechterungen mäusehenstill verhalten, sonst fliegen sie eben auch. Das Lassallesche Lohngesetz dürfte wohl schon unterschritten werden, der Arbeiter wird nicht einmal als Ertrag seiner Arbeit das Existenzminimum erhalten. Gibt es nun gar keine Möglichkeiten, aktiv zur Verhinderung dieser Methoden etwas zu tun? Die Macht der Arbeitnehmer ist gebrochen. Darüber sind sie sich wohl vollkommen im klaren, und sie müssen sich diese Macht erst wieder mit Hilfe der Politik und der Wirtschaftskraft, die sie als Masse besitzen, verschaffen. Die Macht der Masse aber als Konsumenten wird der Wirtschaft ja heute täglich vor Augen geführt, wenn sie demgegenüber die Augen verschließen und sich in erster Linie als Arbeitgeber und in zweiter Linie als Warenverkäufer gerieren, so muß man ihnen zeigen, daß das Zweite das Wichtigste ist. Und das können die Massen ganz gut, besonders jetzt zu Weihnachten. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat ihnen ja das

Stichwort selbst in die Hand gegeben. Sie hat von einem, natürlich nur in ihrer Phantasie existierenden Käuferstreik gesprochen. Wie wäre es, wenn diese Phantasie der Hauptgemeinschaft angesichts der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage in die Wirklichkeit umgesetzt würde, wenn die Massen darauf verzichteten, jetzt etwas anderes zu kaufen als das was sie unbedingt zum Leben brauchen? Das bedeutet — darüber sind wir uns klar — ein Opfer, es bedeutet ein Opfer, auf die Freude zu verzichten, die man seinem Kinde durch Spielsachen bereiten kann, und wenn man auch nur in der Lage ist, 50 Pf. dafür auszugeben. Es bedeutet ein Opfer durch Verzicht auf die Freude, die man einem lieben Angehörigen, einem lieben Freund bereiten kann, selbst wenn man sich das am Munde abspart. Dieses Opfer aber muß gebracht werden, weil hier in dieser verworrenen Zeit wirklich eine Möglichkeit ist, arbeitnehmerfeindlichen Gruppen die Macht, des Arbeitnehmers als Konsumenten zu zeigen. Die Massen sind die Hauptkundschaft des Einzelhandels.

Wir müssen von dem Einzelhandel verlangen und auch erwarten, daß er dafür sorgt, daß ihm seine Kundschaft als Kundschaft erhalten bleibt, und wir müssen erwarten und verlangen, daß der Einzelhandel nicht bloß mit Worten seine Sympathie für seine Kundschaft zeigt, sondern daß er auch den Worten entsprechende Taten folgen läßt. Wir dürfen es nicht ruhig hinnehmen, daß

von der Hauptgemeinschaft so reaktionären Ansichten in sozialen Dingen vertreten werden, wie es auf der letzten Tagung der Hauptgemeinschaft geschah. Wir dürfen uns nicht davor scheuen, in dieser Hinsicht einen Druck auszuüben. Das können wir nur, indem wir dem Einzelhandel zeigen, welche Bedeutung der Arbeitnehmer als Kunde hat. Klar wird ihm das am meisten, wenn er bewußt als Kundschaft verschwindet, und wenn dadurch dem Einzelhandel das so wichtige Weihnachtsgeschäft verdorben wird. Aber die Verantwortung dafür trägt nicht etwa der Kunde, sondern der Einzelhandel in seiner kurz-sichtigen arbeitnehmerfeindlichen Politik.

Maschinensetzer wehren sich

Vom Brandenburgischen Maschinensetzer-Verein wird uns geschrieben:

Der Vorstand des Brandenburgischen Maschinensetzer-Vereins hatte für Sonntag, dem 22. November, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Tausend Maschinensetzer waren den Rufe des Vorstandes gefolgt, um Stellung zu nehmen gegen die Lohnabbaubestrebungen der Buchdruckunternehmer. Der Vorsitzende gab einen Bericht vom Stand der Lohnverhandlungen und wies darauf hin, daß die Schlichtungsmaschinerie einen Spruch fällen werde, der die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich und ohne Einstellungsstopp sowie einen Lohnabbau vorsieht. Da die Unternehmer einen Abbau des Lohnes um 16 Prozent fordern, hätte die Kollegenschaft eine Reduzierung ihres Lohnes um 22 Prozent zu erwarten.

Ein anderes Vorstandsmitglied ergänzte die Ausführungen des Vorsitzenden und kritisierte die Schreibweise des Verbandsorgans, das an das soziale Verständnis der Regierung appelliert und von der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich spricht. Wenn die Gewerkschaftspolitik nicht geändert wird, dann werden die Gewerkschaften zusammenbrechen, da das Vertrauen der Arbeiterschaft erschüttert wird. Nur der Kampf um die Erhaltung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft sichert die Existenz der Gewerkschaften als Klassenkampforgane und verhindert die Machtergreifung des Faschismus. Nachdem noch ein alter Kollege für den Streik gesprochen hatte, gelangte folgende Resolution zur Abstimmung und wurde mit allen gegen 17 Stimmen angenommen:

„Die am Sonntag, dem 22. November, stattfindende außerordentliche Mitgliederversammlung des B.M.V. im „Orpheum“ stellt sich einmütig hinter die Ausführungen des Vorstandes. Sie ist bereit, dem Rufe der Parteizelle zu folgen. Die Versammelten stellen sich nach wie vor hinter die Entscheidung der Maschinensetzer-Vereinigung Rheinland-Westfalen, die Kündigungen in der Vertrauensmannerversammlung war, und gegen nur wenige Stimmen angenommen wurde. Die Versammelten fordern die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und Einstellungsstopp. Sie sind gegen jeden Lohnabbau und sind bereit, das letzte gewerkschaftliche Mittel, den Streik, als schärfste Waffe anzuwenden. Die Versammlung ermächtigt den Vorstand, zur Proklamierung des Kampfes eine Vertrauensmannerversammlung einzuberufen.“

Neuregelung der Arbeitszeit in der Sowjetunion

Moskau, 24. November.

Der Volkskommissarenrat der Sowjetunion hat folgendes Dekret erlassen:

Obwohl die ununterbrochene fünf-tägige Produktionswoche als Hauptform der Organisation der Arbeit in der Sowjetunion gilt, wird gewissen Betrieben zur Beseitigung bei der Durchführung der ununterbrochenen Woche entstandener Mängel erlaubt, vom 1. Dezember an zeitweilig zur unterbrochenen Sechstages-Woche überzugehen. Bei der ununterbrochenen Arbeitswoche müssen jedoch solche Betriebe bleiben, die für die Bedienung ununterbrochen arbeitender Betriebe errichtet sind und auch der Befriedigung kultureller oder sozialer Bedürfnisse der Bevölkerung dienen: Genossenschaftsläden, Speisehäuser, städtisches Transportwesen usw. In Betrieben, die zur sechstägigen unterbrochenen Woche übergehen, wird als gemeinsamer Ruhetag der 6., 12., 18., 24. und 30. jeden Monats festgesetzt. Gleichzeitig wird der Arbeitstag in diesen Betrieben von 6 1/2 auf 6 Stunden verkürzt.

Der Inhaber von Cords unter dem Verdacht des Konkursvergehens. — Ermittlungsverfahren gegen Schmidt-Lorenzen.

Die Staatsanwaltschaft I hat gegen den früheren Inhaber der bekannten Berliner Seidenfirma Gustav Cords, Günter Schmidt-Lorenzen, auf Grund mehrerer Anzeigen ein Ermittlungsverfahren wegen des dringenden Verdachts des Konkursvergehens eingeleitet. Schmidt-Lorenzen soll, während das Moratorium für seine Firma, das 1929 zustandekam, noch schwebte, sowohl umfangreiche Warenbestände an eine neugegründete G.m.b.H. wie erhebliche Vermögenswerte an seine Frau verschoben und dadurch seine Gläubiger benachteiligt haben. Außerdem wird ihm nachgesagt, daß er zu einer Zeit größter finanzieller Schwierigkeiten für seine Firma einen unangemessenen persönlichen Aufwand getrieben habe.

Auch Verdacht des Konkursvergehens bei Marcus & Co.

Gegen die Inhaber der zusammengebrochenen Bankfirma Marcus & Co. besteht nach den bisherigen Ermittlungen nicht nur der Verdacht der schweren Depotunterschlagung, sondern auch des Konkursvergehens, und zwar durch übermäßigen Aufwand und unordentliche Buchführung.

Feuilleton der SAZ

Die Reichswehrbraut

Ein Ausschnitt aus dem Leben der Großstadt

Von Fritz Rück.

In der kleinen Privatklinik, die von drei Berliner Frauenärzten gemeinsam benutzt wurde, ging es sehr lebhaft zu. Selten einmal stand ein Bett frei; die einen gingen, die andern kamen; taglich wurde operiert oder ausgekratzt; normale Geburten waren nicht zahlreich, kamen jedoch auch in jeder Woche wenigstens einmal vor.

Da lagen sie nun in den weißen Betten verstaubt, wie Gestrandete auf der Sandbank, vom Schicksal Gerupfte oder vom Leben um das Schönste und Herrlichste betrogen, um ihre Mutterschaft, und versuchten, in sparsam rinneuden Gesprächen für einige Minuten dem eigenen Elend zu entrinnen, um dafür in fremdem unterzutauchen. Da war eine alte Frau von über sechzig Jahren, der sie ein Gewächs im Gewicht von annähernd zehn Pfund aus dem Bauch geschneitten hatten. Nach acht Tagen hatte sie sich schon so gut erholt, daß der Arzt bereits davon gesprochen hatte, sie aus der Klinik zu entlassen. Aber sie klammerte sich noch an ihr Bett, in dem sie jetzt, wo die Gefahr und die Schmerzen überstanden waren, eine Insel der Ruhe und des Wohlbehagens besaß, die es in der zu engen Wohnung, unter dem jungen Volk, das Raum brauchte und Raum suchte, nicht gab. Draußen schrillte das Telefon, da meldeten sich schon wieder andere Opfer an, und die Aerzte rechneten bereits damit, daß das Bett der Alten frei werde. Einen Tag gaben sie ihr noch zu; aber dann mußte sie ihre Ecke am Fenster verlassen. Ein mürrisch blickender Schwiegersohn holte sie ab, und ihr letzter Blick, mit dem sie aus dem Zimmer ging, streichelte die Bettstelle, die von den vielbeschäftigten Schwestern bereits frisch überzogen wurde.

Zwei Stunden später wurde das Bett auch bereits frisch belegt. Ein blasses, junges Mädchen wickelte sich aus dünnem, fiebigem Kleidchen von jener Talmieleganz, die gewöhnlich ein sicheres Zeichen dafür ist, daß die Trägerin ihren Lebensunterhalt nicht durch ihre Hände oder ihres Kopfes Arbeit verdient, daß sie auch nicht in die Kategorie der wohlbestallten und selbstbewußten Hausfrauen gehört, sondern daß eine Mehrzahl von Männern an der Aufbringung der Kosten ihres Lebensunterhalts beteiligt ist.

Die ersten Stunden sprach der „Zugang“ kein Wort, sondern starrte nur auf die dicken Röhren der Dampfheizung, die wie eine fette Schlange unter dem Fenster sich auseinander ringelte. Der Arzt kam und stellte eine Blutung fest, der die Fehlgeburt rasch nachfolgen mußte.

„Ich kann kein Kind mehr brauchen“, sagte sie nach der ärztlichen Visite.

„Haben Sie schon eins?“, fragte erstaunt die junge Frau an ihrer Seite und musterte das etwas verheerte, aber immer noch sehr jugendliche Gesicht.

„Schon seit zwei Jahren. Es ist in Pflege und kostet mich nichts, weil der Staat dafür zahlt.“

„Wie kommt der Staat dazu?“

„Mein Bräutigam war Reichswehrrsoldat. Wir wollten heiraten und er war auch beinahe so weit, daß er die Erlaubnis bekam, da ver-

Ein Bürger reißt die Augen auf

Blutig rötet sich der Himmel schon —
Vorabend der Revolution!
Noch eine Nacht:
Hoppla, wir leben!

Wenn auf den Straßen Greise bettelnd stehn,
und man geht an ihnen vorbei —
wenn in Menschenaugen sich Fieberräder drehn
und die Nacht drückt wie Blei —
wenn man auf Hungernde schießt
und nicht hört auf der Kinder Schrei —
wenn man, statt zu helfen, Blut vergießt:
Dann geht die Welt entzwei!

Wenn ihr auf Kratern schreitet
und lacht und lebt —
fühlt ihr nicht, wie der Tod euch begleitet,
wie es kocht, brodelnd, bebt?

In dieser letzten Nacht,
da die Sterne schielen —
lacht, Brüder, lacht!
Laßt uns — uns selbst verspielen!

unglückte er. Für das Kind sorgt jetzt die Reichswehr; jeden Monat bekommt die Pflegemutter das Kostgeld ausbezahlt. Ich kann sowieso nichts damit anfangen.“

„Und jetzt?“
„Jetzt kann ich kein Kind mehr brauchen. Ich weiß ja nicht einmal, von wem es ist... Ja, denken Sie denn, von einem Reichswehrrsoldaten kann man leben? Wir haben so eine kleine Kompanie, mit vier Mann komme ich zusammen, ich gehe abwechselnd mit einem tanzen, und wer gerade an der Reihe ist, der darf mit.“

„Aber dieses Leben ist ja auf die Dauer nicht auszuhalten. Sie gehen doch kaputt dabei.“

„So oder anders, was liegt daran. Als mein Bräutigam verunglückt war, habe ich vier Wochen lang geheult; aber ich konnte ihn doch nicht wieder ins Leben zurückrufen. Aus der Arbeit war ich raus, die Geburt hat mich ziemlich mitgenommen. Da kam sein Freund und holte mich zum Tanzen. Ich bin mitgegangen, mit allem Heulen konnte ich den Artur nicht wieder lebendig machen. Das andere fand sich dann von selbst. „Mehr wie zehn Mark die Woche kann ich nicht schmeißen“, sagte mir der Otto ganz offen. „Ich möchte dich gern für mich allein haben, aber dabei kannst du verhungern.“

So machten wir Kompanie. Das heißt, ich machte sie, denn sie wissen nicht, wer mit von der Partie ist. Und sie fragen auch nicht danach, weil sie genau wissen, daß jeder von ihnen mir nur etwas geben kann und keiner genügend.“

„Können Sie denn nicht wieder Arbeit bekommen?“ fragte die junge Frau ihre Bett-nachbarin, die sich eben eine Zigarette ansteckte, obwohl es streng verboten war, zu rauchen.

Die Reichswehrbraut paffte einige Züge zur Decke. „Warum soll ich? Da kommt auch nichts dabei raus. Ich habe noch keinen gesehen, der vom Arbeiten reich geworden ist. — Nur so was, wie diese Geschichte ist, darf mir nicht mehr vorkommen. Das kostet zu viel Geld...“

Laßt die Roulettekugel kreisen!
Trinkt noch einmal!
Laßt uns in Frau'n uns verbeißen! —
Man quittiert uns pauschal... .

Unser Militär
kehrt das Gewehr
gegen uns, gegen alles um uns her!
Unser Gott,
er verkriecht sich.
Alles Feste
schmilzt und biegt sich.

Diese letzte Nacht soll von Lachen überquellen.
Laßt uns tanzen, küssen, saufen!!
Knallen mag der Lichtreklame Bläue.
Laßt uns diese Nacht erhellen!

Aus den dunklen Kellern steigt das Neue,
dringen dumpfe, unhaltbare Menschenhaufen...

Hoppla, wir leben!
Melchior Douglas.

ja, dann Hände weg davon! Und es hat am Dienstag — mit einem Beethoven- und Brahmsabend — bewiesen, daß es unersetzlich ist.

Die Hörer fühlten, was das einzigartige Instrument, auf dem Furtwängler spielte, ihnen zu sagen hat. Und wenn sie Furtwängler und seinen Getreuen immer und immer wieder jubelten, die ihnen Musik zum unmittelbaren unverlöschlichen Erlebnis machen, wird wohl der Wunsch mitgeklungen haben: diesen Besitz dürfen wir nicht verlieren!

Schubart.

Kleines Feuilleton

Die Macht der kapitalistischen Presse

In Paris sind verschiedene Zeitungen da- zu übergegangen, eigene Lichtspielhäuser einzurichten. So gehört das Theater „Les Mirales“ dem „Intransigeant“, während das „Journal“ ein Wochenschauspieltheater, Cotys „L'Ami du Peuple“ ein Boulevardkino und das „Petit Journal“ ein Kino kleineren Umfanges besitzen.

Rückkehr der deutschen Himalaya-Expedition

Die vier Mitglieder der deutschen Himalaya-Expedition, Dr. Bauer-Nabburg, Hartmann, Dr. Wien und Fendt sind am Dienstag, von Italien kommend, in München eingetroffen. Dr. Allwein-München war bereits früher zurückgekehrt. Die Expedition hatte den neunten Versuch zur Bezwingung des Kanch-Gipfels im Himalaya unternommen. In einer Höhe von 7800 m wurde die Expedition durch eine unbezwingbare Eiswand am weiteren Vordringen gehindert. Zur Begrüßung der Bergsteiger hatte sich am Münchener Bahnhof eine große Zahl von Freunden eingefunden. Der Führer der Expedition, Dr. Bauer-Nabburg, erklärte, daß auch die letzte Eiswand des Kanch einmal überwunden werden kann, wenn man eine Zeit wählt, in der sie stark verschneit ist.

Bronzezeitgrabungen bei Potsdam

In der Dorfgemarkung Marquardt wurde durch die Museumsverwaltung der Stadt Potsdam eine Siedlung entdeckt, welche ungefähr aus der Zeit um 1000 v. Chr. stammt. Man konnte Pfostenlöcher und Abfallgruben feststellen. Ferner wurden Scherben künstlerisch verzierter Tongefäße geborgen, welche in die mittlere und jüngere Bronzezeit gehören dürften. Die Funde sind von großem wissenschaftlichen Interesse, da in der Zeit um 1000 v. Chr. die Potsdamer Havel das Gebiet der Germanen von dem der Illyrier abtrennte.

Die höchste Kunststraße Europas.

Die „Grande Corniche“, die Chaussee zwischen Nizza und Mentone, hat jetzt eine Nebenbuhlerin in der neuen Alpujarra-Straße in Südspanien gefunden. Diese neue Kunststraße, die in Serpentina an den das Mitteländische Meer beherrschenden Höhen bei Granada emporsteigt, ist die höchste Landstraße Europas.

Eine Pflanze, die Erdbeben ankündigt,

gibt es in Indien. Es ist dies eine Verwandte unserer Erbsenarten namens Abrus. Einige Stunden vor Beginn des Erdbebens läßt die Pflanze wie erschläft die Blattrippen sinken und faltet sie zusammen, während die Blätter sonst senkrecht hochstehen.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Grefenverlag Radolstadt)

9. Fortsetzung

13.

Frau Wehner war plötzlich erkrankt. Der Arzt schüttelte bedenklich den Kopf. Sie mußte ins Krankenhaus.

Dort wurde sie operiert.

Zwei Tage später war Frau Wehner tot.

Hedis Schmerz war unermeßlich. Allein auf der Welt! Sie, ihr Kind und ihre kleine Schwester. In der Pfalz lebte ein Vetter. Das war ihr einziger Verwandter.

Vetter Philipp kam zur Beerdigung.

„Bring doch dein Kind zu uns... über nach der Pfalz“, sagte er. „Laß es während des Sommers bei uns. Du tust dir dann leichter. Und dem Kind wird die Landluft gut bekommen.“

Hedi sagte zu.

Ihr ganzes Leben war verändert. Die Stelle bei Dr. Müller mußte sie aufgeben. Es war ja niemand mehr da, der den Haushalt geführt hätte. Sie konnte das Kind und die Schwester nicht ganz allein lassen.

Die Pension, die die Mutter von der Kreiskasse bezogen hatte, hörte mit ihrem Tode auf. Wovon sollte man jetzt leben? Um wenigstens die Miete zu verdienen, entschloß sie sich, ein Zimmer zu vermieten. Weinsburg ist ja eine Universitätsstadt. Da war die Nachfrage nach möblierten Zimmern immer groß. Das Zimmervermieten wollte sie noch besorgen, dann konnte sie mit dem Kind nach der Pfalz reisen.

Es fand sich bald ein Zimmermieter. Ein angehender Arzt, Dr. Lauer.

Wer aber sollte den Haushalt führen, während Hedi in der Pfalz war? Der Zimmermieter mußte bedient werden. Die Schwester war den ganzen Tag im Geschäft. Wenn sie nach Hause kam, mußte doch etwas gekocht sein.

Da sprang eine Freundin helfend ein. Sie erbot sich während Hedis Reise im Hause zu schlafen und den Hausstand zu besorgen. Lotte Schwarz hieß sie. Hedi kannte sie von der Nähsschule her. Sie wohnte bei den Eltern in Steinheim.

Nun konnte Hedi beruhigt abreisen. Das Herz war ihr schwer, als sie das Haus verließ.

14.

Die neuen Ereignisse bei Familie Wehner mußten unbedingt besprochen werden.

Frau Bader fand sich deshalb am Sonntag nachmittag zur Kaffevisite bei Hammers ein.

„Einen Studenten hat sie jetzt auch“, begann sie die Aussprache. „Jetzt hört sich schon alles auf. Die hat ja nur darauf gewartet, daß ihre Mutter stirbt, damit sie einen Studenten reinnehmen kann. Jetzt gäts kein längeres Abwarten mehr. Herr Kommissär, jetzt ist höchste Zeit. Wissen Sie noch, wie ich vermietet hab, damals während der Inflation, da ist mir mein Mieter nach vierzehn Tagen wieder ausgezogen und seitdem hat keiner mehr mein Zimmer gewollt, und die

hat einen Studenten. Wozu hat sie denn den Studenten? Wie haben Sie gesagt damals, Herr Kommissär, zur Unzucht, zur gewerbsmäßigen Unzucht. Da muß eingegriffen werden. Und wie die rumläuft. Einen Trauermantel hat sie aus schwarzer Seide. Und was sie für Handschuhe hat! Gestern hat sie einen auf der Treppe verloren. Ich hab ihn einmal betrachtet. Ganz feines zartes Glacéleder wars. Hört sich da nicht alles auf, Herr Kommissär, und so etwas passiert in einem Haus, wo ein Kriminalbeamter wohnt.“

„Sie haben recht“, sagte Hammer, „jetzt ist die Zeit gekommen, jetzt gibts kein Zaudern mehr. Ich hab Ihnen ja immer schon versprochen, zur richtigen Zeit, da werde ich da sein. Wir Kriminalisten verstehen zu warten. Wir wollen nun einmal in aller Ruhe überlegen, wie die Sache zu machen ist. Wie ist das mit dem Zimmerherrn, stört der Sie nicht?“

„Jawohl und wie mich der stört. Dem sein Zimmer ist doch gleich neben meinem Schlafzimmer, Wand an Wand und die Wände sind doch so dünn in dem Haus. Ein Grammophon hat gestern der Student mitgebracht. Den ganzen Abend über hat er gestern gespielt.“

„Na also“, sagte Hammer, „da haben wir schon den ersten Punkt der Anklage. Verübung von ruhestörendem Lärm, und wie ist denn das mit dem Mädchen, das da vorhin hineingegangen ist?“

„Das ist die Schwarz aus Steinheim. Das ist ihre Freundin. Sie ist doch verreist nach der Pfalz und da hat sie die Schwarz in die Wohnung eingesetzt.“

„Hiermit ist der Ring der Indizien geschlossen“, erklärte Hammer sehr befriedigt. „Wir Kriminalisten erfassen in so einem Fall sofort den Komplex der Fragen. Das ist bei der Schwarz gewerbsmäßige Unzucht und bei

der Wehner Kuppel. Damit ist alles glatt. Wir brauchen jetzt bloß noch die Ueberführung. Das ist auch sehr einfach. Wenn der Student wieder einmal sein Grammophon spielen läßt, dann holen Sie mich, dann geh ich hinunter und erwisch sie auf frischer Tat und die Sache ist erledigt.“

Auf die Gelegenheit hierzu brauchte Hammer nicht lange zu warten. Schon am selben Abend kam Frau Bader mit der Nachricht, es würde wieder getarnt.

Hammer warf sich in Positur. Jeder Zoll ein Auge des Gesetzes. So läutete er unten bei Wehners. Lotte Schwarz öffnete und fragte erstaunt, was er denn wolle.

Er schob sie zur Seite, schritt in den Korridor und schrie:

„So eine Schweinerei, was ist denn das, man kann ja überhaupt nicht schlafen, die ganze Nacht der Lärm. Das ist doch hier ein Herrschaftshaus und kein Puff. Ruhe muß da werden.“

Auguste, Hedis Schwester, steckte den Kopf zur Tür ihres Schlafzimmers heraus.

„Was will denn der“, fragte sie die Lotte Schwarz.

„Was will denn der“, fragte sie die Lotte Schwarz.

„So, die Kröte ist auch da.“ rief Hammer, „euch werd ichs schon zeigen; Innen brocke ich was ein, daß Sie draußen bleiben in Ihrem Steinheim, und bei der Auguste, da sorge ich schon dafür, daß sie in eine Erziehungsanstalt kommt.“

Dann stampfte er hinaus.

„Ich habe sie auf frischer Tat erwischt“, sagte er zu Frau Bader, die lauschend vor der Türe stand.

(Fortsetzung folgt)

Unser „Volksstaat“

Der liebe Gott und die preußische Polizei

Berlin, 25. November 1931.

Der Republikanische Studentenbund veranstaltete am Dienstagabend im Berliner Herrenhaus eine Kundgebung, auf der der preußische Innenminister Severing sprach. Er erklärte, „die Republik müsse bestrebt sein, die Reichswehr zu erobern“. Wahrhaftig ein bischen spät nach 13 Jahren Republik! Zum Schluß erklärte er: „Der liebe Gott lasse die faschistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen; was die preußische Polizei dazu tun könne, werde bestimmt geschehen.“

Und das wird gesprochen im Namen einer Partei, die einmal eine revolutionäre Partei gewesen ist. Ein furchtbarer Bankrott der sozialdemokratischen Staats-Theorie und -Praxis ist gar nicht denkbar!

Immunität gibt es für proletarische Abgeordnete nicht mehr

Karlsruhe, 24. November 1931.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Bönning, der zur Verbüßung einer viermonatigen Gefängnisstrafe von der Kriminalpolizei gesucht worden war, wurde heute abend beim Verlassen des Landtagsgebäudes, nachdem er noch an der Sitzung des Landtages teilgenommen hatte, von der Polizei verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Die badische Koalition

Karlsruhe, 24. November 1931.

Der badische Landtag nahm am Dienstag abend die Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters vor. Mit 58 von 76 Stimmen wurde Justizminister Dr. Schmidt (Ztr.) zum Staatspräsidenten und mit der gleichen Stimmenzahl der Innenminister Maier (Sozialdemokrat) zu seinem Stellvertreter gewählt. Nationalsozialisten, Staatspartei und Deutschnationale gaben weiße Zettel ab. Die Kommunisten waren bei der Wahl nicht anwesend.

Präsidiumswahl zum Sächsischen Landtag

Dresden, 24. November 1931.

Der Sächsische Landtag, der heute nachmittags zu seiner ersten Sitzung wieder zusammengetreten ist, nahm zunächst die Wahl des Landtagsvorstandes vor. Bei der Präsidentenwahl entfielen von 93 abgegebenen Stimmen 33 auf den bisherigen Präsidenten Weckel (SPD), 26 auf Hentschel (Wirtschaftsp.), 23 auf Kunz (NSDAP) und 11 auf Herrmann (KPD). Bei der Stichwahl zwischen Weckel und Hentschel wurden 92 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf Weckel 36, auf Hentschel 31. Außerdem erhielten Kunz 14 und Herrmann 11 Stimmen. Nach dem Ergebnis der Stichwahl ist Weckel somit wiedergewählt. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten entfielen 37 Stimmen auf Bretschneider (Staatsp.) und 11 auf Herrmann. Bretschneider ist somit gewählt. Die Nationalsozialisten und ein Teil der Wirtschaftspartei hatten vor der Wahl des ersten Vizepräsidenten den Saal verlassen.

Die Nazis bledern sich an

In einem im „Völkischen Beobachter“ erschienenen „Wie lange noch?“ überschriebenen Artikel schreibt Dr. Frick: Bisher habe das Zentrum noch nicht zu erkennen gegeben, daß es zu einer ehrlichen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bereit sei. Das Zentrum verlange von Nationalsozialisten grundsätzliche Änderung ihrer Überzeugung, wenn sie für das Zentrum koalitionsfähig werden wollten. Darauf könne das Zentrum lange warten. Nicht an den Nationalsozialisten sei es, sich zu ändern, sondern am Zentrum. Es sei jetzt fünf Minuten vor zwölf. Es sei noch Zeit, daß sich das Zentrum eines Besseren besinne. In einigen Wochen und Monaten sei es zu spät.

Nun, in der Politik gilt mehr wie anderswo, daß nichts so heiß gegessen wie gekocht wird. Der Kern dieser hochfahrend klingenden Worte ist, daß es eben heute noch nicht „zu spät“ ist, daß die Nazis von neuem beim Zentrum anknöpfen. Sie sind bereit, mit dem früher so fanatisch geschmähten Zentrum zusammenzugehen, allen „Prinzipien“ zum Trotz. Und das Zentrum neigt sich täglich ebenfalls mehr auf diese Seite. Es kennt nun eben genau die Stärke seiner parlamentarischen Schlüsselstellung und weiß, daß es Bedingungen stellen kann.

Das Loch im amerikanischen Etat. Das Loch im amerikanischen Haushalt ist inzwischen auf über 805 Millionen Dollar (etwa 3,4 Milliarden Mark) angewachsen. Die Beratungen im Kongreß über die neuen Steuern, die den Ausgleich bringen sollen, werden unentwegt fortgeführt. Irgendeine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Englands Kriegsschulden an Amerika. Im Unterhaus gab der Schatzkanzler die Höhe der von England an Amerika geleisteten Kriegsschuldenzahlungen auf insgesamt 326 Millionen Pfund (über 5 Milliarden Mark nach der Kurssenkung) an, während England zur 71 275 000 Pfund (über 1 Milliarde Mark) von den anderen Ländern als Kriegsschulden-

Die Weltmeinung über das „Weltbühnen“-Urteil

Imperialismus und Justiz

Die „Times“ greift die Reichsregierung an — Amerikanische und französische Stimmen — Vor einem Schritt der Verteidiger

Berlin, 25. November 1931.

Das Reichsgerichtsurteil gegen die „Weltbühne“ findet im Ausland nach wie vor die ernste Beachtung. Der „Temps“, das Organ der französischen Regierung, bewertet heute diesen Richterspruch ebenso als bösen Vorgeschmack der Abrüstungskonferenz, wie das gestern bereits der „Manchester Guardian“ getan hat. Von U.S.-amerikanischen Blättern werden heute die gleichfalls scharf gegen das Reichsgericht gestimmten Kommentare der „New York Times“, der „New York Evening Post“ und der angesehenen „Public Ledger“ bekannt.

Die Londoner „Times“ sagt, durch den Ausschluß der Öffentlichkeit werde im Ausland der Eindruck erweckt, daß Deutschland wichtige militärische Geheimnisse zu verbergen habe. Diese Prozesse lieferten den übrigen Nationen immer wieder Argumente zur Aufrechterhaltung ihrer jetzigen Heeresstärken.

Der „Times“-Artikel schließt mit dem Zitat aus dem Offenen Briefe, den Austen Chamberlain, der frühere britische Außenminister, vor einigen Monaten an den Herausgeber der „Times“ gerichtet hat. (Wir haben in unserem Vorbericht zum Prozeß Ossietzky gerade auf diesen Brief Chamberlains verwiesen. D. Red.) In diesem Brief heißt es, Deutschland möge aufhören, Steine auf den Weg der Friedensfreunde zu legen. Es müsse die agents provocateurs in seiner Mitte entwerfen und in ganz Europa das Vertrauen in seine Gültigkeit wiederherstellen, das verschiedene Ereignisse der jüngsten Vergangenheit erschüttert hätten. Die

Prozesse in Leipzig und Breslau heißen diesen Appell erneut dringlich erscheinen...

Die demokratische „Berliner Volks-Zeitung“ wirft direkt die Frage auf, ob es nicht möglich sei, das vom Reichsgericht verordnete Schweigegebot zu umgehen. An anderer Stelle wird erörtert, ob nicht die Verteidiger Ossietzky und Kreislers bewegt werden könnten, in einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit über den Hergang der geheimen Verhandlung Mitteilungen zu machen.

Im „Vorwärts“ nimmt der Flugzeugführer Walter Binder vom Verkehrsband zu dem Urteil Stellung. Er teilt mit, daß Kreiser als Stellvertreter des Leiters der Flugfahrt-Abteilung im Verkehrsband ein Interesse daran gehabt habe, mit allem Nachdruck den Nachweis zu führen, daß vieles faul in der deutschen Luftfahrt sei.

(Letzte Meldung)

Der Herausgeber der angesehenen New Yorker Zeitschrift „The Nation“, Oswald Garrison Villard, hat gemeinsam mit den Herausgebern der Zeitschrift „The New Republic“ und „Survey“ ein Telegramm an den Reichskanzler Brüning gerichtet,

in dem er gegen die unerhörte Verurteilung Ossietzky und gegen die Verletzung der Pressefreiheit und der Unabhängigkeit der Presse Protest erhebt.

Villard hat bei der Vorbereitung des Hooverjahres eine bedeutsame und für Deutschland günstige Rolle gespielt.

Industrielle Reservearmee

1,3 Millionen Erwerblose mehr als vor einem Jahr — Fast 5 Millionen ohne Versicherungsansprüche

Berlin, 24. November 1931.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. November 1931 belief sich die Zahl der Arbeitslosen am 15. November nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter auf rund 4 844 000. Sie hat seit dem 1. November, nicht zuletzt infolge der Einstellung der meisten Außenarbeiten, um rund 220 000 zugenommen. Die Zunahme in der gleichen Zeit des Vorjahres war um etwa 12 000 höher, wogegen der Stand der Arbeitslosigkeit damals um rund 1 360 000 niedriger lag.

Gegenüber dem Vorjahre ist die Arbeitslosigkeit bereits um 640 000 größer. Man muß hinzunehmen, daß diese amtlichen Zahlen noch gar nicht das volle Ausmaß der Arbeitslosigkeit erfaßt. Die brutale Ausschaltung ganzer Kategorien von Arbeitslosen und die schroffe Bedürftigkeitsprüfung bewirkt, daß heute bereits Hunderttausende nicht erst den unnützen Weg zur Stempelstelle gehen. In Wirklichkeit hat die Arbeitslosigkeit bereits die Zahl von 5 Millionen weit überschritten.

Am 15. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1 248 000, in der Krisenfürsorge rund 1 383 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; die Zunahme seit dem 1. November belief sich auf rund 63 000 in der Arbeitslosenversicherung, rund 33 000 in der Krisenfürsorge.

Von den am 31. Oktober 1931 gezählten rund 4 623 000 Arbeitslosen erhielten rund 17 vH wegen mangelnder Bedürftigkeit für Krisen- und Wohlfahrtunterstützung oder weil ihre Wartezeit für die versicherungs-

mäßige Arbeitslosenunterstützung noch lief oder aus anderen Gründen keine Unterstützung. Von den zu jenem Zeitpunkt unterstützten Arbeitslosen entfielen etwa 66 vH auf die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, etwa

34 vH auf die öffentliche Fürsorge.

Der Abschluß der für Außenarbeiten günstigen Jahreszeit brachte einen starken Zustrom von Arbeitskräften vor allem aus der Landwirtschaft, aus der Industrie der Steine und Erden, aus dem Baugewerbe und den von ihm abhängigen Betrieben der Holz- und Metallverarbeitung, schließlich aus der Berufsgruppe der ungelerten Lohnarbeit. Vermittlungen waren in geringem Umfang noch möglich in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zur beschleunigten Fertigstellung begonnener Bauten.

Im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets kam in der ersten Novemberhälfte die rückläufige Bewegung zum ersten Mal seit Monaten zum Stillstand; Entlassungen erfolgten nur noch vereinzelt, und die Zahl der Feierschichten ging zurück.

Die Entlassungen aus den meisten Zweigen des Maschinenbaues und der Kleinisenindustrie setzten sich fort. Dagegen hatten Betriebe der Metallverarbeitung vielfach besser zu tun. Die Verschiebung der Währungsverhältnisse drückt insbesondere auf den Arbeitsmarkt wichtiger Teile der Textilindustrie. Die gute Beschäftigung in der Möbelindustrie scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

Auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten erstreckte sich die geringe Nachfrage vorwiegend auf jüngere Verkaufskräfte.

Zu Tode gebetet

„Vierte Kirche Christi“

Mystik soll Kranke heilen — Was im 20. Jahrhundert noch möglich ist

Berlin, 25. November.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wickelt sich am Mittwoch ein äußerst aufschlußreicher Prozeß ab. Angeklagt war die 61jährige Ehefrau Emma Kühn, die durch fahrlässige Handlungsweise den Tod des Kaufmanns Kaeth herbeigeführt haben soll. Die Angeklagte ist eine Gesundheitsfürsorgerin und gehörte der „Vierten Kirche Christi“ an, die auf der Grundlage der Christian Science beruht. Der im Jahre 1930 verstorbene Kaufmann Kaeth war schon seit fünf Jahren an Tuberkulose erkrankt. Sein Leiden wurde schließlich durch ärztliche Hilfe gebessert, so daß er wieder seinem Beruf nachgehen konnte. Im Jahre 1929 verschlimmerte sich sein Leiden erneut, und Kaeth wurde auf Drängen der Krankenkasse in das Krankenhaus Weißensee aufgenommen. Inzwischen war aber Kaeth Anhänger der „Vierten Kirche Christi“ geworden. Ein Helfer der Kirche behandelte seit anderthalb Jahren Kaeth und übertrug die Weiterbehandlung der Frau Kühn.

Auf ihre Veranlassung soll Kaeth gegen

den Rat des Arztes das Krankenhaus verlassen haben.

Erst als sich sein Zustand immer mehr verschlechterte, zog Frau Kaeth eine Aerztin zu Rate. Die angeklagte Gesundheitsfürsorgerin soll nun den schwerkranken Kaufmann veranlaßt haben, jede medizinische Hilfe außer acht zu lassen. Auch als eine eitrige Rippenfellentzündung hinzutrat, verbot Kaeth auf ihre Weisung dem Arzt, eine notwendige Punktion vorzunehmen. In der Verhandlung führte die Gesundheitsfürsorgerin ein, was sie unter einer Gemütsheilung verstehe. Frau Kühn bestritt, Kaeth von der Befolgung der ärztlichen Anordnungen abgeraten zu haben. Für ihre Behandlung habe sie wöchentlich einen Betrag von 3 bis 4 Mark erhalten.

Die Ehefrau des verstorbenen Kaufmanns belastete aber die Gesundheitsfürsorgerin schwer.

Sie habe die ärztliche Behandlung unterlassen, indem sie erklärt habe, das sei nicht richtig, da man Gott so die Ehre versage.

Auch als der Kranke einmal seine Temperatur

haben messen wollen, habe sie Einspruch erhoben, weil dies ein materielles Hilfsmittel sei und im Widerspruch zur Hilfe Gottes stehe. Der Direktor des Weißenseer Krankenhauses, Dr. von Domarus, als Zeuge und Sachverständiger vernommen, teilte dem Gericht mit, daß Kaufmann Kaeth von Anfang an bei seiner Behandlung Schwierigkeiten gemacht habe. Er habe ihm einmal erklärt, Tuberkulose sei

eine Krebskrankheit, die nur durch den Glauben an Gott vollkommen geheilt werden könne.

Er habe alle Heilmittel abgelehnt und erklärt, die Heilung könne nur durch den Glauben an die Heillehre der „Vierten Kirche Christi“ erfolgen.

Das Urteil

Das Gericht verurteilte Frau Kühn, gegen die der Staatsanwalt ein Jahr Gefängnis beantragt hatte, wegen Fahrlässigkeit gemäß § 222 Abs. 2 des Strafgesetzbuches zu sechs Monaten Gefängnis. Eine Bewährungsfrist wurde abgelehnt, da die Folgen der Tat zu schwer gewesen seien.

Vor einer neuen Bauernrevolte?

Neumünster, 25. November 1931.

Auf der Provinzialausschußsitzung des Schleswig-holsteinischen Land- und Bauernbundes wurde die Landwirtschaftliche Besitzerschutzgenossenschaft Schleswig-Holstein G. m. b. H., Sitz Kiel, gegründet. Wie der Land- und Bauernbund mitteilt, ist die Genossenschaft eine berufsständische Selbstschutzorganisation für Scholle und Bauerntum, die sich die Aufgabe gestellt hat, das schleswig-holsteinische Volkstum gegen Zersetzungen durch Besitzüberfremdung und die schleswig-holsteinische Landwirtschaft gegen die Verschleuderung ihrer Werte zu schützen. — Also eine neue konterrevolutionäre Organisation offenbar, die gerade Fortsetzung der Organisation der Schwarzen Fahne, die seinerzeit durch die norddeutschen Bombentattate so viel von sich reden machte.

Die Schraube ohne Ende

Auch Englands Agrarier fordern.

London, 25. November.

Premierminister MacDonald empfing gestern im Unterhaus eine Abordnung des parlamentarischen Landwirtschaftsausschusses der Konservativen Partei, die ihn auf die Notwendigkeit hinwies, daß die Regierung unverzüglich darlege, was sie für die Landwirtschaft zu tun gedenke. MacDonald erwiderte, daß die Regierungserklärung noch vor den Weihnachtstagen des Parlaments abgegeben werde.

Fußtritt aus Italien

Ueber Südtirol darf nicht gesprochen werden

Bekanntlich sind unsere nationalen Trommler und Trompeter gegen den „Versailler Schandvertrag“ immer in weitem Bogen um das Problem Südtirol herumgegangen. Da vergessen sie ganz ihr „Deutschtum“, denn das hätte Mussolini übernehmen können. Aber bei der Eröffnung des Tiroler Landtags hat sich der Landeshauptmann Dr. Stumpf mit dieser Frage befaßt. Erst einige Tage danach gibt das halbamtliche „Giornale d'Italia“ die Rede wieder, um sie gleichzeitig scharf zurückzuweisen. Das heißt, das Blatt hat erst die faschistische Oberleitung, Mussolini, gefragt, um dann folgendes zu schreiben:

„Es wird gut sein, nochmals festzustellen, daß über dieses Italien zurückgegebene Gebiet keinerlei Aussprache mehr möglich ist, und daß die deutsch-italienische Freundschaft, zu der Italien bis in die letzte Zeit mit eigenen Opfern in entscheidender Weise beigetragen hat, zur ersten Voraussetzung das Schweigen über dieses bereits endgültig gelöste Problem hat.“

So spricht der Herr mit seinem Knecht, so spricht Mussolini mit dem „befreundeten“ Deutschland, weil er weiß, daß in unsern Breiten dank der guten Vorarbeit von früher und auch der neuesten Zeit, die vom „Geist“ Hitlers getragen ist, Fußtritte eher verstanden werden als Höflichkeit.

Im Zeichen der „Abrüstung“. Das englische Luftministerium hat beschlossen, eine größere Anzahl von Flugzeugen zur Beförderung von 35 voll ausgerüsteten Mannschaften in Auftrag zu geben. Sie sollen eine Geschwindigkeit von über 230 Kilometern erreichen, und mit Maschinengewehren ausgerüstet werden.

Vorläufig kein Beamtenabbau in Spanien. Die Regierung hat beschlossen, die am 28. Oktober angekündigte Verringerung der Zahl der Beamten um 50 Prozent angesichts der inzwischen laut gewordenen Proteste nicht durchzuführen. Die Entscheidung wird nunmehr gelegentlich bei der Beratung des Haushalts für 1932 fallen.

Waren fliegen nach England. Der Flugplatz Croydon wies am Dienstag einen Höchstverkehr auf, da eine außerordentlich große Anzahl von Flugzeugen aus Berlin, Köln und Paris eintraf, die noch vor dem Inkrafttreten der Dumping-Abwehrzölle um Mitternacht deutsche und französische Waren einführen. Aus Köln wurden Rasierlilien, Wollwaren und Radioapparate eingeführt. Die Zahl der eintreffenden Flugzeuge war doppelt so groß wie am Montag, wo bereits Schreibmaschinenteile, Taschenmesser, Sägen usw. auf dem Luftwege eintrafen.

Sportschau der SAZ

Arbeiter Turn- und Sportbund und SAP

Dieser Artikel ging aus von einem Genossen der Jahre hindurch als Funktionär im Arbeiter-Turn- und Sportbund gewirkt hat und dem jetzt wegen seines Übertritts zur SAP von seiner Bezirksleitung unverständlich mit den Statuten des Bundes unveränderte Schenkungen gemacht wurden. Wir bringen den Artikel in so heber, als wir ihn in seinen Hauptpunkten und unterstreichen konnten. — Die Redaktion der SAZ.

Die Reichs- und Gründungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterpartei hat bereits klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie Einheit des Arbeitersports, der Kulturorganisationen sowie der freien Gewerkschaften fordert. Damit hat die SAP klar und deutlich gesagt, daß sie ebenso wie auf gewerkschaftlichem Gebiet die Spaltertaktik der Kommunisten nicht billigt.

Der obengenannte Beschluß wurde also bereits am 4. Oktober 1931 gefaßt. Dennoch ist festzustellen, daß die Organisationen, die Interesse an diesem Beschluß haben müssen, darauf nicht eingehen bzw. „abwartende“ Beschlüsse fassen.

In der Nr. 22 der Arbeiter-Turn- und Sportzeitung, dem Zentralorgan des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, lesen wir unter dem 4. November, also einen Monat nach unseren Beschlüssen, im Bericht der Bundesvorstandssitzung vom 31. 10. d. J. folgende Zeilen:

„Der Bericht über die politische Lage endet mit der Feststellung, daß unsere Stellung zur SAP abhängig wird von der Stellung, die diese Partei uns gegenüber einnimmt. Eine Werbung der Partei in unseren Kreisen ist nicht statthaft, denn nur so kann die Übertragung der Partei-zersplitterung auf unsere Organisation unterbunden werden.“

Durch diesen Beschluß will also der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes die „Übertragung der Partei-zersplitterung auf den Arbeiter-Turn- und Sportbund“ verhindern. Wir müssen aber feststellen, daß dieser Beschluß einseitig zugunsten der SPD erfolgt. Der SAP verbietet man jegliche Werbung in den Reihen des Arbeitersports, während in Funktionär-Mitteilungsblättern und Beschlüssen immer wieder Anlehnung an die SPD gefordert, die Zusammenarbeit mit dieser Partei gewünscht wird. Das zeigt auch ein weiterer Abschnitt des gleichen Berichts:

„Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes weist alle Bundesmitglieder hin auf die außerordentliche ernste Situation, in der sich die Arbeiterschaft gegenwärtig befindet und die in den Überfällen auf Vereinseinrichtungen und Bundesgenossen, besonders aber in dem Verhalten der Nationalsozialisten in Braunschweig erneut in Erscheinung trat. Der Bundesvorstand erneuert und unterstreicht seinen Aufruf vom Oktober 1930 und den Beschluß der Kreisvertretertagung vom Januar 1931 und erwartet von allen Bundesgenossen aktive Teilnahme an dem uns aufgezungenen Abwehrkampf. Besonders aber weist der Bundesvorstand darauf hin, daß Einheit und Geschlossenheit die erste Voraussetzung für die Abwehrbewegung sein muß und daß sich deshalb unsere Bundesgenossen nur an solchen Abwehrorganisationen beteiligen, die von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam aufgerufen sind.“

Durch diesen Beschluß gibt der Bundesvorstand zu, daß er wohl Raum für Propaganda in seinen Reihen gibt. Diese Propaganda ist aber nur den Vertretern der SPD gestattet. Als Abwehrorganisation von der SPD anerkannt ist aber nur das Reichsbanner, jene Organisation, die eigene Sportabteilungen aufzieht und den einzelnen Funktionären des Arbeitersports die Arbeit und Werbung für den Arbeitersport erschwert. Indirekt gibt man aber zu, daß es nicht erwünscht ist, daß Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in den Reihen des Sozialistischen Schutzbundes sind, der Organisation, die im Gegensatz zum Reichsbanner nur Arbeiter in ihrer Reihen aufnimmt, die für die sozialistischen Ziele kämpfen.

Wenn nun der Arbeiter-Turn- und Sportbund, im Interesse der Einheit, jede Werbung

für die SAP verbietet, dann müssen wir auch verlangen, daß das Bündnis mit der SPD fällt, damit nicht Zwietracht zwischen SPD- und SAP-Anhängern im Arbeitersport entsteht. Ganz gut ist es für eine Sportorganisation möglich, unter diesen Umständen Neutralität gegenüber der Parteibewegung zu üben. Mit den hier angeführten Beschlüssen beschreitet man aber im Arbeitersport einen falschen Weg. Aber nicht nur im Bundesvorstand, sondern auch in den Kreisen und Bezirken, ja selbst in den Vereinen, versucht man, allen Nichtsozialdemokraten die Macht der SPD-Fanatiker zu zeigen.

Wir aber müssen fordern: Gleichberechtigung unserer Anhänger im Arbeitersport, die anders aussehen muß, als die Beschlüsse des Bundesvorstandes er vermuten lassen. Wir fordern, daß, wenn schon Parteiblätter in den Heimen der Arbeitersportler ausgelegt werden, hier auch unsere Presse Berücksichtigung findet und nicht, wie es in einigen Orten bereits festgestellt werden konnte, unseren Genossen verboten wird, unsere Presse neben der SPD auszulegen. Wir fordern weiter, daß den Funktionären im Arbeitersport, die der SAP angehören, die Arbeit nicht erschwert wird. Auch hier sind bereits Fälle bekannt. Wir fordern, daß die Presse der SAP gleichberechtigt mit anderen Pressen, als Publikationsorgan betrachtet wird. Um zusammenzufassen: Wir haben kein Interesse daran, eigene Sportorganisationen, wie die KPD aufzuziehen. Wir werden aber auch nicht zulassen, daß die Sportbewegung als Anhängsel der SPD betrachtet wird! Wenn wir das fordern, dann nicht nur im Interesse unserer Partei, sondern viel mehr im Interesse des Arbeitersports und damit im Interesse der ganzen Arbeiterklasse.

Sport im Reiche

Im Kyffhäuser-Gebiet wurden am Sonntag folgende Spiele ausgetragen:

Handball
Kelbra I-Sömmerda 15:8 (2:4). Kelbra hatte Gäste aus dem 2. Bezirk. Fehler 300 Zuschauer wubeten dem spannenden Spiele bei, das Sommerda durch bessere Stürmerleistungen gewann. Beim zweiten Sturm versagte die rechte Seite.

Fußball
Kelbra I-Grümmderode 4:4 (3:3). Ein ausgezeichnetes Spiel lieferten hier die Mannschaften.
Frankenhausen II-Salza 0:1 (0:0). In den Bezirkskreisen der B-Klasse festzulegen, standen sich obige Mannschaften in Kelbra gegenüber. Salza gewann durch Handelfußtor.

Schlesische Sportnachrichten

Bezirksvorstand
Führende Vereine haben zu dem Protestspiel Vorwärts-Pfaff am Sonntag, dem 29. 11., auf dem Sportplatz in einem Stadion zu stellen: Herta, Vorwärts, Pfaff, Liegnitz, Stern stellt 2 Mann, Treffpunkt 1.30 Uhr, Sternpl., Barocke. Die Vereinsvorstandssitzung findet am 5. Dezember, Sonntag am Sportplatz, dem 6. Dezember, im Bez. Lokal Pfaff-Brau, Friedrich-Wilhelm-Str., statt.

Spielgesuch für Weihnachten
VfL Oels sucht für 1. und 2. Mannschaft Spiele für den ersten Feiertag gegen Oels, Bedburg, Halbe, Fahrtenbesetzung ohne Rückspiel. — Ein Sportfreunde Liegnitz sucht eine erste Mannschaft der ersten Klasse für den 2. Feiertag nach Liegnitz. Anschriften an Karl Levy, Liegnitz, Talsbergstraße 1.

Verhandlungsausschuß
Ladungen für den 30. November 1931. 20.00 Uhr: Vereinsvertreter Ratul und 1930. Zeugen stellen die Vereine selbst. 20.00 Uhr: Vereinsvertreter Südost und West. Der Gen. John (West), 20.45 Uhr: Vereinsvertreter Herta und Hundsfeld. 21.00 Uhr: Vereinsvertreter Wacker (Schiri-Einspruch). 21.15 Uhr: Vereinsvertreter 1921 (Schiri-Einspruch). 21.30 Uhr: Vereinsvertreter Askania. 21.45 Uhr: Erich Seidel (Fr. Sportfr.) dazu Schiri Kottwitz (Herta).

Schiedsrichter-Vereinigung
Berichtungen für den 29. 11. 31: Es fallen aus: Papst I und II; Adler I und II; Südost IV — Herta IV; 1921 II — Vorwärts I; Hundsfeld II — Pfaff II; 1921 I, Jug. 1928 I, Jug. — VfL III — Südost III steigt am 12.20 Uhr. VfL II und III — Falke II und III steigen zur selben Zeit in Neukirch. — Das Protestspiel Vorwärts I — Pfaff I findet Schiri 201. Sd. Kick II — Askania II steigt am 12.00 Uhr. — 12.15 — Oldau I leitet Schiri 221. — Trebbitz I — Herta I leitet Schiri 25. — Falke III — VfL III leitet Schiri 139.

ASV Südost
Freitag, 27. 11. 20.00 Uhr. Generalfreizeit in der Turnhalle Kletendorf. Vorstandssitzung eine Stunde vorher. Nichterscheinen wird statutenmäßig bestraft.
Spielvereinigung 1921.
Freitag, 27. 11. 20.00 Uhr. Vollversammlung bei Kiese, Westendstraße 64.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.
6. Männer-Abteilung
Freitag, 27. 11. 20.00 Uhr. Versammlung bei Altmann, Offener Straße.

Athleten
Mannschaftswettkämpfe
im Ringen um die Bezirksmeisterschaft in der Turnhalle Liegnitz-Strabe.
Beim letzten Wettkampftag um die Mannschaftsmeisterschaft stehen sich in der A-Klasse Nordost 03 und 1931 gegenüber. In der B-Klasse sind die Gegner Nordost 01 und 1911 I. In der Jugendklasse kämpfen Nordost 03 I — 1911 I.

Achtung, Presseobleute aller Sparten!
Am Sonntag, dem 28. 11. 20 Uhr, findet im Kletendorf eine Sitzung sämtlicher Obleute statt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht!

Sachsen-Sport

Bezirks-Frauenturnstunde

im 6. sächsischen Bezirk

Wie im Jahresplan festgelegt, findet die Bezirksturnstunde mit Jahreshauptversammlung am Sonntag, dem 29. November, statt. In Anbetracht der vielen wichtigen Fragen, die zu erledigen sind, muß die Turnstunde bereits früh 8 Uhr beginnen. (Turnhalle Lothar-Streit-Straße, Zwickau.) Die Hauptversammlung wird im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Straße, abgehalten. Ihre Tagesordnung lautet: 1. Präsenz, 2. Aussprache über Turnstunde, 3. Jahresbericht, 4. Jahresplan, 5. Bezirksfest aller Sparten 1932, 6. Neuwahlen: a) des Bezirksfrauenturnausschusses, b) der Bezirksfrauenvertreterin, c) der Delegation zum Bezirkstag aller Sparten, d) der Bezirksleitung. Die Bezirksleitung erwartet die Vertretung aller Bezirksvereine.

Turnwarte und Vorturner!
4. Kreis — 6. Bezirk.

Sonntag, den 6. Dezember, vorm. 8.30 Uhr, in Zwickau, Turnhalle Lothar-Streit-Straße, **Übungsstunde, anschließend Jahreshauptversammlung im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Straße.** Alle Vereine müssen vertreten sein. — Tagesordnung: Berichte; Jahresplan 1932 (u. a. Bezirksfest 1932); Anträge; Neuwahlen. Anträge bis 1. Dezember an den Unterzeichneten.

Der techn. Ausschuß,
I. A.: Schröder.

Aus Burgstädt-Limbach

Fußball im 13. Bezirk

Burgstädt-Frankenber 2:3. — Herrenheide-Auerswalde 8:3. Der Platzhüter bessert sich und gewann auch hier endlich einmal gegen diesen Partner. — Wittgensdorf-Röhrsdorf 2:0. Die Gäste fanden sich mit den schlechten Platzverhältnissen besser ab. — Bertelsdorf-Glösa 5:0. Bertelsdorf in großer Fahrt, denn es siegte recht hoch und sicher. — Lunzenau-Rußdorf 1:7. Nachdem bereits unmittelbar vorher drei Spiele auf dem Platz stattgefunden hatten, war das Spielgelände in recht schlechter Verfassung. — Weichselburg II-Elstertal II Altmittweida 7:0. — Burgstädt II-Frankenber II 5:3. — Weichselburg II-Altmittweida III 1:3. — Burgstädt III-Glauchau III 1:2. — Lunzenau II-Rußdorf II 1:1. — Herrenheide II-Claunitz III 1:1. — Bertelsdorf II-Glösa II 1:0. — Röhrsdorf AM-Taura III 5:1. — Böhrsdorf III-Wittgensdorf II 6:0. — Jugend-Weichselburg-Altmittweida II 3:1. — Taura I-Altmittweida I 1:5. — Burgstädt-Glauchau 0:2. — Lunzenau-Wittgensdorf 2:1. — Knaben: Burgstädt-Herrenheide 3:0. — Bertelsdorf-Glösa 2:0.

Vor einer wichtigen Fußball-Entscheidung

Clausnitz-Burgstädt (14.00 Uhr). Dieses Punktspiel wurde bereits einmal ausgetragen und endete 1:1. Clausnitz protestierte und erreichte damit eine Wiederholung, so daß es nochmals Gelegenheit hat, beide Punkte zu erkämpfen. Hat die Mannschaft Erfolg, dann ist sie mit Taura punktelich und hat ebenfalls Chancen auf den Meistertitel.

Röhrsdorf-Bertelsdorf (15.00); Wiederau-Kö-nighain (14.00); Lunzenau I-Bertelsdorf II (14.30); Wittgensdorf II-Rußdorf I (14.00); Weichselburg II gegen Wiederau I (14.00 Uhr am Sonntagabend).

Die Jahreshauptversammlung der Schiedsrichter am kommenden Sonntag, 18.00 Uhr, im Burgstädt-Volkshaus muß von allen Vereinen und geprüften Schiedsrichtern besucht werden.

Freundschaftsspiele im Vogtland

1. Klasse
Raschau-Spielv. 2:0 Oelsnitz (14.00); Treuen gegen Dorfstadt (13.30); Eriefeld-Kürbitz (9.30); Rempessgrün-Elstertal (11.30); Kleinfriesen gegen Wacker (14.30); Rempessgrün-Auerbach (14.00); Lauterbach-Hirschberg (14.00).

2. Klasse
Treuen-Dorfstadt (13.00); Rempessgrün-Elstertal (13.00); Kleinfriesen-Wacker (13.00); Kürbitz gegen Spielv. 23 Oelsnitz (14.00).

3. Klasse
Haselbrunn-Eiche 5. Abtl. Altersmannschaft (13.30); Rempessgrün-Elstertal (11.30); Eiche 5. Abtl.-Bösenbrunn (15.00).

Knaben
Rempessgrün-Elstertal (10.30); Kürbitz gegen Eiche 5. Abtl. (10.00).

Handball-Vorschau (8. Bezirk)

2. Abt. I-Haselbrunn I. 9.30 Uhr (Schiri, Böf-cher); Falkenstein I-Schwimmer I. 9.30 Uhr (Oelsner); 3. Abt. I-1. Abt. I. 11 Uhr (Fischer); Haselbrunn III-4. Abt. I. 15 Uhr (Wolf); 2. Abt. II gegen 2. Abt. Jgd. 10.30 Uhr (Gumbel); 3. Abt. Kn. gegen 2. Abt. Kn. 11 Uhr (Stümmel); 5. Abt. Jgd.-Haselbrunn Jgd. 10 Uhr (Stümmel); Haselbrunn II-3. Abt. I. 9.00 Uhr (Schaller); Falkenstein Jgd.-Schwimmer II. 10.30 Uhr (Oelsner).

Am Montag, dem 30. November, findet in der Geschäftsstelle eine Schiedsrichterversammlung statt. Stellungnahme zur Jahreshauptversammlung. P. M ö c k e l (Obmann).

Französische Sorgen

Die Debatte um die Außenpolitik

Paris, 24. November.

Vorgesehen war, daß heute der Ministerpräsident Laval die außenpolitische Interpellation beantworten sollte. Diese Rede ist auf Donnerstag verschoben worden.

Zu Beginn der Sitzung hielt Kammerpräsident Bouisson eine Gedächtnisansprache für den verstorbenen Minister Loucheur. Laval schloß sich im Namen der Regierung der Beileidskundgebung an.

In Beantwortung der Interpellation Bergery über die französisch-russischen Beziehungen teilte Handelsminister Rollin näheres mit. Die russische Regierung habe Eröffnung von Krediten verlangt. Kredite könnten aber nicht in Frage kommen, bevor nicht die Schuldenfrage geregelt worden sei. Da man auf diesem Weg nicht weiter gekommen sei, seien die Russen aufgefordert worden, mit dem Nationalverband der französischen Erzeuger zu verhandeln. Die Regierung wünsche die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Warenaustausch mit Rußland, und zwar im Interesse der Produktion und der französischen Arbeiter.

Die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Rivière fordert Maßnahmen der Regierung, um den Erfolg der Abrüstungs-

konferenz sicherzustellen. In Genf seien verschiedene Abrüstungsvorschläge gemacht worden, die Frankreich mit Zurückhaltung aufgenommen habe. Der Redner wandte sich gegen den Kriegsminister Maginot, der nur an die Gewalt glaube. Frankreich gehe viel zu sehr gestieft und gespornt nach Genf. Der Heereshaushalt müsse herabgesetzt werden. Ohne den Drohungen der Hitlerleute etwa nachgeben zu wollen, verlangt der Redner, den Verteidigern des Friedens auf der anderen Seite des Rheines die Hand zu reichen.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung entwickelte Abg. Pezet (Demokratisch-katholische Volkspartei) seine Interpellation, die die Bildung eines regionalen Wirtschaftsverbandes zwischen den mitteleuropäischen Staaten zum Gegenstand hat. Dies sei der notwendige Auftakt zur Neuordnung ganz Europas. Die Lage der mitteleuropäischen Staaten, zu denen freilich Deutschland nicht zu rechnen sei, sei außerordentlich gefährlich. Von Frankreich erwarteten sie Hilfe. Im Mittelpunkt der Frage stehe ein Wirtschaftsverband der Donaufstaaten. Die bisherigen Versuche seien deshalb gescheitert, weil man den Bedürfnissen der Bauern in diesen Gegenden nicht Rechnung getragen habe.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar
„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Brieffräger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Sachsen
Schutzbund - Hemden
dunkelblau, mit rotem Binder, waschecht,
Stück RM 3,-
bei sofortiger Kasse.
Abnahme von zwei Dutzend an liefert

Phönix-Nähmaschinen
auch andere Marken - Fahrräder, Wasch- und Wringmaschinen in reicher Auswahl zu niedrig. Preisen
Friedrich-Dittler, Neusaalza-Sprengg.
NB.: Grammophon und Zubehör

Gelegenheitsposten in Kleiderstoffen u. Kleider-seide eingegangen, günstig für Weihnachtsgeschenke
Auguste Jähne, Lauba

Stärkt den Presse-Fonds

Die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde
Im Dezember erscheint Bd. IV
Das Programm der Revolution
zur Programmdebatte der SAZ von Anna Siemsen
In Vorbereitung, Bd. V
Gewerkschaften im Kiasenkampf
Preis für Mitglieder 3,- (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug 4,75.
Freie Verlagsgesellschaft
Berlin-Tempelhof, Hebezahlmörkorse 61